

Vierte Sitzung – Quatrième séance

Donnerstag, 9. Dezember 1999

Jeudi, 9 décembre 1999

08.00 h

99.022

Umverteilungs-Initiative. Volksinitiative

Initiative en faveur d'une redistribution des dépenses. Initiative populaire

Botschaft des Bundesrates 01.03.99 (BBl 1999 3285)
Message du Conseil fédéral 01.03.99 (FF 1999 3011)

Borer Roland (V, SO), für die Kommission: Die Sicherheitspolitische Kommission hat sich an ihrer Sitzung vom 17. August 1999 in Interlaken mit der Volksinitiative «Sparen beim Militär und bei der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze» – kurz: Umverteilungs-Initiative – befasst.

In einer ersten Phase wurden Vertreterinnen und Vertreter des Initiativkomitees angehört, anschliessend wurde das Volksbegehren eingehend diskutiert. Vor der Kommission wurde das Initiativkomitee vertreten durch Frau Haering, Herrn Peter Hug sowie Herrn Arne Engeli.

Gestatten Sie mir zuerst, in aller Kürze auf die hauptsächlichsten Argumente der Komiteevertreter, soweit diese an der Kommissionssitzung vorgetragen wurden, einzugehen:

Frau Haering befasste sich in ihrer Einleitung mit der Entstehungsgeschichte der Initiative. Sie stellte die erste Umverteilungs-Initiative, die von den eidgenössischen Räten bekannterweise für ungültig erklärt wurde, in den militärischen und friedenspolitischen Kontext nach dem Fall der Berliner Mauer 1989. Sie zeigte den Zusammenhang zwischen der Ablehnung der ersten Umverteilungs-Initiative und der Lancierung der zweiten auf.

In fünf Thesen begründete die Mitinitiantin die Volksinitiative:

1. Das Komitee erachtete die Landesverteidigung im traditionellen Sinn nicht mehr als geeignetes Mittel zur Sicherung des Friedens.
2. Friedenssicherung bedürfe internationaler Kooperation.
3. Die Schweiz müsse auch im eigenen Interesse vermehrt in der Friedensförderung und -sicherung engagiert sein.
4. Zukunftsweisende Konzepte der Sicherheitspolitik könnten nur in Zusammenarbeit der liberalen Bürgerlichen und der Linken entwickelt werden.
5. Die reale Entwicklung lasse einen neuen sicherheitspolitischen Kompromiss zu.

Herr Peter Hug ergänzte die Ausführungen mit dem Hinweis auf die Gesamtheit der Bedrohungen im existenziellen Bereich. Er wies explizit darauf hin, dass das Initiativkomitee nach wie vor der Auffassung sei, ein Drittel der umzuverteilenden Geldmittel müsse in die Sozialpolitik einfließen. Aufgrund des Grundsatzes der Einheit der Materie verzichtete das Komitee jedoch auf die entsprechende Forderung im Initiativtext. Die Schweiz sei im internationalen Vergleich «grotesk überüstet». Herr Hug wies zudem darauf hin, dass nach Ansicht der Initianten die Ausgaben für Friedensförderung in dem Mass ansteigen sollten, wie die Ausgaben für die eigentliche Landesverteidigung sinken müssten.

Herr Arne Engeli vertrat im Kreis der Initianten die Ansichten der Hilfswerke. Seiner Meinung nach ist Kriegsverhinderung

billiger als Wiederaufbauen, Heilen und Löschen nach einem bewaffneten Konflikt. Diese Ansicht konnten eigentlich auch wir akzeptieren; sie stimmt natürlich.

Aufgrund detaillierter Fragen an die Vertreter des Initiativkomitees und der Beantwortung derselben wurden in der anschliessenden Diskussion folgende Fakten aufgeführt, welche die grosse Mehrheit der Kommission dazu bewogen haben, der grundsätzlichen Argumentation des Vorstehers des VBS zu folgen und die Volksinitiative dem Plenum zur Ablehnung zu empfehlen:

1. Die Ausgabenreduktion im geforderten Umfang und die damit verbundene Abrüstung der Armee würden die Schweiz, sicherheitspolitisch gesehen, von der Nato abhängig machen. Es ginge also nicht um irgendwelche Kooperationen, sondern es entstünde direkt die Situation einer Abhängigkeit. Diese Situation ist angesichts der nach wie vor gültigen Maxime der Neutralität natürlich unhaltbar. Das ist die Meinung der Kommissionsmehrheit. Dabei spielt es nach Ansicht der Kommissionsmehrheit ebenfalls keine Rolle, ob man die Neutralitätspolitik eher mit einer in Sicherheitsbelangen aussenpolitisch aktiv tätigen Armee versteht oder umgekehrt.

2. Die Relevanz von statistischem Zahlenmaterial im Vergleich der Schweizer Armee mit anderen Armeen, welches von den Initianten vorgelegt worden war, wurde in der Kommission mehrfach angezweifelt. In den Vergleichen wurde nirgendwo dem Umstand Rechnung getragen, dass die Schweizer Armee eben eine Milizarmee ist, eine Armee mit ganz speziellen Eigenheiten, welche rein zahlenmässig deshalb einen höheren Bestand haben muss als Armeen, die aus Berufs- und/oder Zeitsoldaten bestehen. Die Fachkompetenz von Lutz Unterseher, dem ausländischen Verteidigungsexperten der SP, wurde in diesem Zusammenhang angezweifelt.

3. Obwohl die zweite Umverteilungs-Initiative nachgebessert worden ist, erachtete die Kommissionsmehrheit diese – gemäss Vergleich eines Kommissionskollegen mit einer Stempelaufschrift in österreichischen Amtsstuben – als «durch Zeitablauf erledigt». Das Volksbegehren sei ein Kind des Falls der Berliner Mauer. Nicht berücksichtigt werde im Initiativtext der Umstand, dass die Armee im Friedensdienst heute einiges mehr tue als noch vor zehn Jahren. Es wurde darauf hingewiesen, dass sich die Mittel der Armee nach dem Auftrag zu richten hätten und nicht umgekehrt, wie es die Initiative will. Das Ausspielen von Friedensdienst gegen Verteidigungsbudget und damit gegen die Armee und umgekehrt wurde von der Kommissionsmehrheit als falscher Weg bezeichnet.

In der Initiative und vor allem in deren Begründung spricht man von der Reduktion des Verteidigungsauftrages, ohne dies zu erläutern. Für mehrere Kommissionsmitglieder ist diese Initiative eine andere Methode, der Armee in Raten an den Kragen zu gehen.

4. Eine moderne Armee ist unter anderem auch auf eine modernste Ausbildungsinfrastruktur angewiesen. Nach Ansicht der Kommissionsmehrheit ist eine solche bei Annahme der Initiative nicht mehr gewährleistet.

5. Bedenken hat die Kommissionsmehrheit zudem gegenüber der Absicht der Initianten, die Rüstungsausgaben – wenn auch nur indirekt – in der Verfassung zu verankern. Nach Absatz 1 des Initiativtextes müssten die Ausgaben für die Landesverteidigung spätestens zehn Jahre nach Annahme der Übergangsbestimmung «auf die Hälfte der Rechnung des Jahres 1987 reduziert» sein. Daran ändert auch der Hinweis auf die Gewährung der Teuerung nichts Wesentliches. Was tun, sollte die sicherheitspolitische Lage plötzlich mehr Mittel für die Landesverteidigung erfordern?

6. Auch die beschäftigungspolitischen Auswirkungen des Volksbegehrens wurden erwähnt. Sozialpartnerschaftliche Lösungen, wie sie bei der Restrukturierung der Armee und beim damit verbundenen Abbau von Personal heute angewendet werden, hätten nach Ansicht der Kommissionsmehrheit nach Annahme der Initiative keine Chance mehr. Auch auf den spärlichen Erfolg der Rüstungskonversion, der Um-

stellung von militärischen auf zivile Produktionsstätten, wurde mehrmals hingewiesen. Eine Mehrheit ist überzeugt, dass Rüstungskonversionsprojekte nur schwer und praktisch nie vollständig gelingen können.

Die Befürworter oder Sympathisanten der Umverteilungs-Initiative innerhalb der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates anerkannten die Bemühungen um Ausgabenreduktion im VBS zum Teil ausdrücklich. Sie machten noch folgende Argumente geltend:

Obwohl die Initiative zum Teil erfüllt sei, sehe man keinen Grund, diese abzuschreiben. Die Schwierigkeiten der Rüstungskonversion stellen auch diese Kommissionsmitglieder fest, und sie fordern deshalb, dass die Konversion und die damit zusammenhängenden Probleme durch den Bund gelöst werden müssten, weil das Aufgabe des Bundes sei.

Bezüglich der Auf- und Abrüstung stellt die Minderheit fest, dass nur dort auf nationaler Ebene abgerüstet werden könne, wo Verteidigungssysteme der kollektiven Sicherheit unter Führung der Staatengemeinschaft aufgebaut würden. Dem Vorwurf, die Initianten und deren Umfeld seien grundsätzliche Gegner der Landesverteidigung, wurde zudem mehrmals widersprochen. Ebenfalls wurde die Abhängigkeit von Sicherheit an sich und den dazu notwendigen und bereitgestellten finanziellen Mitteln in Frage gestellt.

Die Diskussion war kontrovers und interessant, aber das Abstimmungsergebnis innerhalb der Kommission war schlussendlich eindeutig und klar. Der Antrag, die Volksinitiative zur Annahme zu empfehlen, erhielt in der Sicherheitspolitischen Kommission 6 Stimmen; den Antrag, sie zur Ablehnung zu empfehlen, unterstützten 16 Votanten; ein Kommissionsmitglied enthielt sich der Stimme. So viel zur Diskussion in unserer Kommission.

Ich möchte nun in Absprache mit unserem Kommissionssekretär, Herrn Pierre-Yves Breuleux, noch etwas festhalten: Angesichts der neuen Bundesverfassung hat das VBS einen Vorschlag zur formellen Anpassung des Initiativtextes vorgenommen. Diese Anpassung bewirkt keine Veränderung des ursprünglichen Initiativtextes. Sie ist rein formeller Art. Den Mitgliedern der Sicherheitspolitischen Kommission war der Vorschlag schriftlich zur Stellungnahme unterbreitet worden. Bis zum festgesetzten Termin für eine Stellungnahme, dem 1. Dezember 1999, gingen keine Einwände gegen den Vorschlag des VBS ein. Es darf demzufolge davon ausgegangen werden, dass die Mitglieder der SiK den Entwurf dafür, wie der Inhalt der Volksinitiative an die neue Bundesverfassung angepasst werden soll, stillschweigend akzeptiert und diesem einstimmig zugestimmt haben.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: Pour mémoire, l'initiative populaire en faveur d'une redistribution des dépenses, dont nous allons discuter, traite d'une proposition de diminuer de moitié les dépenses militaires par rapport aux comptes de 1987, tout en confiant à l'Assemblée fédérale le soin de décider tous les quatre ans de l'affectation des ressources ainsi économisées. Parallèlement, un tiers des montants économisés doit être obligatoirement destiné au renforcement de la paix sur le plan international et un fonds de reconversion de 1 milliard de francs doit être créé pour permettre la création d'emplois civils de remplacement, à la suite du démantèlement des structures militaires jugées superflues.

L'initiative a été déposée le 26 mars 1997, munie de 108 541 signatures valables. Elle prend le relais de l'initiative populaire «pour moins de dépenses militaires et davantage de politique de paix (initiative pour une réduction de moitié des dépenses)», déposée le 24 septembre 1992. Elle avait été déclarée nulle par le Parlement, faute d'unité de matière. Elle postulait, en effet, le transfert des dépenses en faveur de la sécurité sociale. Leurs auteurs ont donc largement repris les éléments de la première initiative populaire, tout en évitant les travers qui leur avaient été reprochés lors de cette première tentative.

Le Conseil fédéral estime, dans les considérants de son message du 1er mars 1999, que cette dernière mouture satisfait, par conséquent, aux critères de l'unité de matière.

Ces éléments n'ont donc pas été repris lors des débats en commission, qui se sont concentrés sur les éléments de fond.

L'initiative a été présentée à la commission par une délégation des initiants, soit par notre collègue Mme Barbara Haering, M. Peter Hug, docteur en philosophie, domicilié à Berne, et M. Arne Engeli, responsable des œuvres d'entraide des Eglises évangéliques suisses en faveur de l'ex-Yougoslavie.

La situation géopolitique s'est considérablement modifiée depuis la chute du mur de Berlin en 1989, et la menace n'est plus la même. Elle s'est diversifiée au travers de toute une palette de risques plus diffus, mais néanmoins réels et décrits en détail dans le rapport du Conseil fédéral du 7 juin 1999, «La sécurité par la coopération. Rapolsec 2000», que nous aurons l'occasion de discuter à la fin de cette session. Les initiants se rallient aux constatations de ce rapport et à sa conclusion principale, soit que le changement de la menace est d'une nature telle qu'une politique de défense du pays à la frontière est manifestement inadaptée pour l'écarter et que seule une coopération internationale et un engagement commun permettent d'assurer la sécurité et de promouvoir la paix. Par contre, les moyens engagés et la stratégie à adopter pour prévenir les conflits font de toute évidence l'objet de divergences fondamentales.

Comme les causes premières de conflits sont largement dues à des disparités sociales et de développement économique, leur prévention demande une approche plutôt civile que militaire. La commission Brunner a bien montré que la Suisse est équipée de manière remarquable pour faire face à une menace de type dit classique, mais qu'elle est insuffisamment préparée aux véritables nouvelles menaces d'aujourd'hui et de demain. L'initiative prétend être une réponse à ces nouveaux besoins. Sur le plan militaire, la proposition d'«Armée 2005» formulée par le sociologue allemand Lutz Unterseher, à la suite de la demande d'expertise du Parti socialiste suisse, permet d'obtenir un dispositif de défense doté d'une puissance de feu toujours supérieure à celle de nos quatre voisins, mais à moitié prix. Intégré aux divers dispositifs de défense européens, il serait largement suffisant pour remplir le mandat de sécurité qui lui est confié, tout en respectant les contraintes imposées par la neutralité. Dans un deuxième temps, les initiants envisagent de compléter ce modèle par une diminution de la charge que représente l'armée de milice pour l'économie.

Ceci permettrait de s'engager encore davantage pour la promotion de la paix, tout en maintenant des dépenses militaires par tête d'habitant au niveau de celles de l'Italie.

Sur le plan mondial, les dépenses militaires ont effectivement baissé de pratiquement un tiers de 1987 à 1996, alors que la diminution suisse ne serait que de 7 pour cent. Les comparaisons internationales figurant dans le message sont, de l'opinion des auteurs de l'initiative populaire, à la limite de la manipulation. En prenant comme année de référence 1990, et non pas 1987, le DDPS n'a pas pris en compte l'entier des dépenses consacrées à la défense du pays au sens large comme les initiants, mais exclusivement les dépenses militaires, sans celles de la défense civile, ni les frais généraux accessoires. C'est ainsi qu'il peut parler d'une réduction de 9 milliards de francs, soit de 28 pour cent, sans que cela représente pour autant une véritable épargne à leurs yeux. Mais, de facto, il en est déjà résulté une diminution considérable du nombre de places de travail qui est passé de 40 000 à 24 000 environ.

La commission a constaté que cette initiative populaire serait de nature à mettre très sérieusement en danger les réformes en cours. En prenant comme année de référence 1987, les initiants ont sciemment jeté leur dévolu sur l'année où les dépenses militaires ont été les plus faibles de la décennie. Or, les réformes coûtent. Même si l'«Armée XXI» envisage une nouvelle réduction des effectifs, la professionnalisation que requiert ce redimensionnement et la modernisation des moyens avec du matériel high-tech de plus en plus sophistiqué n'entraînent pas ipso facto une réduction des dépenses. Les considérants même actualisés des ini-

tians ne tiennent aucun compte de l'expérience de la guerre au Kosovo et l'expertise Unterseher est décidément tournée vers le passé avec un scénario du type «guerre froide» réchauffée.

Le projet «Armée 2005», s'il en est un, ne permet en aucun cas de faire face aux nouvelles menaces. L'efficacité et la crédibilité de l'armée seraient remises en cause aussi bien à l'intérieur du pays qu'à l'étranger. De plus, le mandat de protection et d'aide à la survie débouche sur un redimensionnement de la protection civile pour faire face aux catastrophes naturelles dont il est totalement fait abstraction dans leurs élucubrations.

La revendication d'un engagement supplémentaire en faveur de la paix par l'affectation d'un tiers des montants économisés est déjà remplie. Le «Rapolec 2000» est clairement orienté vers un développement de la coopération avec les organismes internationaux. Les opérations Alba en Bosnie et Swisscoy au Kosovo constituent indiscutablement un engagement pour la promotion de la paix dévisé à plus de 55 millions de francs d'ici la fin de l'an 2000. Le message rappelle d'ailleurs que toute une série d'autres projets ont déjà été réalisés depuis le début des années 1990: mise sur pied de la Convention de l'OSCE relative à la conciliation et à l'arbitrage en 1992, participation à toutes les mesures de sanctions économiques prises par l'ONU depuis la Guerre du Golfe, création du Centre de politique de sécurité et de l'International Relations and Security Network à Genève, mise sur pied, à Genève également, du Centre international de déminage humanitaire, engagement d'environ 1,6 milliard de francs depuis 1990 auprès de la BERD, la Banque européenne pour la reconstruction et le développement, afin de soutenir les réformes en cours dans les pays de l'Est, financement du CICR à raison de 1,3 milliard de francs par an. On ne peut vraiment pas dire que la Suisse est restée sur la réserve et ne participe pas activement à la promotion de la paix.

Enfin, sur le plan de l'emploi, l'initiative aurait des conséquences absolument dramatiques. Pas moins de 6000 postes supplémentaires devraient être supprimés avec le cortège de coûts sociaux que cela implique. La reconversion à des activités civiles est une opération extrêmement délicate. Il n'appartient pas aux autorités fédérales de mettre sur pied des entreprises concurrentielles de l'économie privée. Mais elle est néanmoins très largement engagée dans les entreprises d'armement de la Confédération dont le statut a été privatisé à cet effet. Cela a pourtant des limites. La fabrication rentable de matériel exige un montant minimal de commandes. Si celles-ci ne peuvent plus être assurées, il en résulterait une perte de know-how qui affecterait gravement les entreprises concernées, dans un marché en pleine restructuration sur le plan international. La Suisse n'est déjà plus à même de garantir sa pleine autonomie et dépend en grande partie de l'étranger, non sans que cela ne soit aussi une source de bénéfices et de développement par ailleurs. Les compensations associées à l'acquisition des chars Leopard 2 et des avions F/A-18 sont là pour en témoigner. L'industrie suisse entend également garder quelques créneaux spécifiques qui lui permettent de se positionner en tant que telle sur le marché, les simulateurs en sont un.

La conception de la coopération avec les organisations européennes et internationales des initiants fait preuve d'une curieuse ambivalence, pour ne pas dire d'incohérence. D'un côté, les réductions de dépenses qu'ils exigent y poussent effectivement encore davantage, mais de l'autre elles vont à l'encontre de tout partenariat sérieux et crédible. La Suisse continuerait donc à se trouver dans cette position suspecte de refus, en l'occurrence d'incapacité de participer, tout en profitant des dispositifs de sécurité mis en place par d'autres. Le développement de l'affaire des fonds en déshérence, la mise en cause d'une neutralité alibi de confort et les accusations très claires d'avoir bénéficié du parapluie nucléaire de l'OTAN au temps de la guerre froide, sans offrir de contrepartie quelconque, sont la conséquence directe de cette attitude. Ces contradictions ne sont pas surprenantes. Certains des initiants font d'ailleurs également partie des

organisations soutenant les initiatives du GSSA, le Groupement pour une Suisse sans armée, ou du moins y participent sous une forme ou sous une autre, sans nécessairement occuper des postes en vue.

De fait, l'initiative en faveur d'une redistribution des dépenses fait partie de cette stratégie de démantèlement de l'armée à laquelle nous sommes confrontés depuis 1989. Les explications des initiants pour tenter de justifier le contraire n'ont guère convaincu la commission.

Elle vous recommande donc, par 16 voix contre 6 et avec 1 abstention, d'approuver l'arrêté fédéral tel que présenté et de rejeter cette initiative.

Haering Barbara (S, ZH): Die Umverteilungs-Initiative stellt die Frage nach der Wirksamkeit von Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie stellt die Frage, mit welcher Politik, mit welchen Strategien und mit welchen Massnahmen wir in dieser Welt mehr Frieden, mehr Demokratie und mehr soziale Sicherheit erreichen, und dies für mehr Menschen. Die Umverteilungs-Initiative stellt nicht nur diese Frage, sie liefert dazu auch eine Antwort. Diese Antwort gründet auf einer umfassenden Friedens- und Sicherheitspolitik, welche das Schwergewicht auf Konflikt- und Krisenprävention setzt und damit auf friedens- und sicherheitspolitische Massnahmen auf der Ebene der Zivilgesellschaft. Die Umverteilungs-Initiative entspricht damit den internationalen Strategien von Uno, UNDP und OECD. So hält unter anderem das Development Aid Committee (DAC) der OECD fest: «DAC-Mitglieder anerkennen die Wichtigkeit von Frieden und Sicherheit für die Entwicklung. Übermässig hohe Militärausgaben können zu Konflikten und Repression führen, die regionale Instabilität verstärken und knappe Mittel von Entwicklungsbedürfnissen abziehen. DAC-Mitglieder sind von der Notwendigkeit überzeugt, das Primat des Zivilen in politischen und ökonomischen Angelegenheiten zu errichten und zu erhalten und übermässige militärische Ausgaben zu vermeiden oder abzubauen.» Diese Richtlinie der OECD ist für die Schweiz verbindlich.

Verbindlich und trennscharf wird Politik jedoch erst bei der Mittelverteilung. Wie steht es also um die entsprechenden Tatbeweise? Global betrachtet werden in diesen Jahren rund 750 Milliarden Dollar jährlich für militärische Zwecke investiert und weniger als 20 Milliarden Dollar für Gewaltprävention. Ein aktuelles und konkretes Beispiel dazu: Den 100 Milliarden Dollar, welche der Einsatz der Nato in Kosovo und Serbien gekostet hat, steht nur eine einzige Milliarde Dollar gegenüber, welche die Staatengemeinschaft für den Stabilitätspakt und den Wiederaufbau einzusetzen bereit ist. In der Schweiz sieht es nicht besser aus: 5,3 Milliarden Franken kostete uns 1998 die Landesverteidigung im Bundesbudget – oder sogar rund 10 Milliarden Franken, wenn wir die gesamten volkswirtschaftlichen Kosten berücksichtigen, die zu Buche schlagen. Für Konfliktprävention im weitest möglichen Sinne, d. h. inklusive Entwicklungszusammenarbeit, investierten wir hingegen lediglich 1,6 Milliarden Franken, für Friedensförderung im engeren Sinne gar nur 37 Millionen Franken. Mit anderen Worten: Die in den Zielformulierungen angestrebte Zivilisierung der Friedens- und Sicherheitspolitik findet in den Budgets der Länder noch keinen Niederschlag. Die reale Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat dazu geführt, dass Landesverteidigung im traditionellen Sinne, d. h. ab Grenze, nicht mehr geeignet ist, um den Gewalttrisiken der heutigen Zeit wirksam zu begegnen. Die Gefahren von heute und morgen lassen sich nicht mehr mit Bison ab Gotthard, Sargans oder St-Maurice bekämpfen. Ein radikaler Umbau sowohl der sicherheits- und militärpolitischen Strategien im engeren Sinne als auch der Aussen-, der Friedens- und der Sicherheitspolitik im umfassenden Sinne ist notwendig. Die Umverteilungs-Initiative steht deshalb auf fünf Säulen:

1. Die im europäischen Vergleich nach wie vor grotesk hohen Militärausgaben der Schweiz werden schrittweise auf 50 Prozent gesenkt, ausgehend vom Stande 1987. Mit dieser Bestimmung respektiert die Initiative die dem VBS in den letzten Jahren auferlegten Sparmassnahmen. Der Rückbau

wird somit noch knapp 2 Milliarden Franken statt wie ursprünglich geplant 3 Milliarden Franken betragen. Die Überrüstung der Schweiz werden im Übrigen in dieser Debatte Boris Banga, Franco Cavalli, Susanne Leutenegger Oberholzer sowie Andreas Gross und Valérie Garbani darlegen.

2. Die beim Militär eingesparten Mittel werden zu einem Drittel in präventive Friedenspolitik – das heisst in den Aufbau und die Stärkung ziviler Gesellschaften und nachhaltiger Entwicklungen – investiert. Dies werden Pia Hollenstein, Ruth Gonseth, Erwin Jutzet und andere in ihren Voten unterstreichen.

3. Ein zweites Drittel der eingesparten Gelder soll zur sozialen Sicherheit in unserem Land beitragen. Was dies bedeutet, werden besonders Regine Aepli und Patrice Mugny darlegen.

4. Geöffnet wird ein Konversionsfonds von einer Milliarde Franken, der die Umwandlung militärabhängiger Arbeitsplätze in zivile Beschäftigung unterstützen soll. Auf Notwendigkeit und Chancen der Rüstungskonversion werden anschliessend Paul Rechsteiner, Jacqueline Fehr und Peter Jossen sowohl aus gewerkschaftlicher wie auch aus regionalpolitischer Sicht eingehen.

5. Der verbleibende Rest von knapp 600 Millionen Franken jährlich kommt zusätzlich der Sanierung der Bundesfinanzen zugute. Diese finanzpolitische Option werden Werner Marti, Ruedi Strahm und Hildegard Fässler in ihren Voten unterstreichen.

Der Umbau der Friedens- und Sicherheitspolitik darf sich nicht nur auf Armeekonzeption und Militärstrategien beschränken. Vielmehr muss er mit einer markanten Umverteilung von finanziellen, personellen und institutionellen Ressourcen – weg vom Militär, hin zu ziviler Konflikt- und Krisenprävention – einhergehen. Die Friedensdividende darf nicht nur zum Sanieren der öffentlichen Finanzen verwendet werden. Wir müssen sie in Rahmenbedingungen für nachhaltige und gewaltfreie Entwicklung investieren. Nur so werden wir mehr Frieden, mehr Demokratie und mehr soziale Sicherheit erreichen – und dies für mehr Menschen auf dieser Welt.

Banga Boris (S, SO): Lassen Sie mich zurückblenden: 1989 fiel die Berliner Mauer, und gleichzeitig wurde ein erster Bericht zur «Armee 95» vorgestellt. Es fand auch die Abstimmung über die GSoA-Initiative statt. 1990 entstand der Bericht 90 über die Sicherheitspolitik der Schweiz, und 1992 und 1993 wütete der erste Krieg in Ex-Jugoslawien. Nicht zuletzt unter diesem Eindruck – ich betone das – unterstützten die Sozialdemokratische Partei und die Friedensbewegung die Blauhelmvorlage. Ich brauche in diesen Kreisen nicht weiter zu erläutern, dass höchstwahrscheinlich die «Diamant»-Generation den Ausschlag für die Ablehnung im Jahre 1994 gab. Seither ist alles im Fluss.

Bereits 1991 beantragte nämlich die SiK mit zwei Postulaten, eine umfassende, permanente Risikoanalyse sei zu erstellen, die die Gesamtheit der Bedrohungen und Herausforderungen auch im existenziellen Bereich beinhalten soll. Schon damals wurde festgehalten, dass Sicherheit im weiteren Sinn des Begriffes nicht mehr allein mit militärischen Mitteln gewährleistet und vor allem noch weniger auf der nationalen Ebene definiert werden kann. Es seien darum auch Schritte im Hinblick auf Systeme kollektiver Sicherheit zu unternehmen, welche sowohl die machtpolitischen Herausforderungen als auch die Gesamtheit der existierenden Gefahren zum Gegenstand haben.

Ebenso wurde damals mit zwei Motionen verlangt, es sei periodisch Bericht über die Sicherheitspolitik zu erstatten sowie die Friedens- und Konfliktforschung zu intensivieren. Die Kommission war damals weiter als gewisse Leute heute. Eine zentrale Feststellung der Kommission Brunner ist: Die Schweiz ist gegen die unwahrscheinlichsten Gefahren hoch gerüstet, aber auf die realen Gefahren von heute und morgen nur ungenügend vorbereitet. Dies ist auch der Kerngedanke der Umverteilungs-Initiative. Diese Auffassung prägt auch den Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz («Sipol B 2000»), den wir in der letzten Sessionswoche behandeln werden.

Erwähnen möchte ich bloss die drei wichtigsten Erkenntnisse:

1. Die traditionelle Landesverteidigung ab Grenze kann den heutigen Gefahren nicht mehr begegnen. Gefragt ist nicht nur der Umbau der sicherheitspolitischen Strategien im engeren Sinn, sondern auch der Aussen-, Friedens- und Sicherheitspolitik im weiteren Sinn. Dazu braucht es eine Umverteilung der Ressourcen.

2. Friedenssicherung ist heute nur noch mit internationaler Kooperation und mit dem Engagement der Staatengemeinschaft erfolgreich.

3. Auch die Schweiz muss innerhalb dieser Staatengemeinschaft ihren Beitrag zur Friedenssicherung und Friedensförderung leisten. Dies nicht nur aus Solidarität, sondern im knallharten eigenen Interesse.

Über diese drei Punkte sind sich die Fachleute einig. Wir hätten auch die Chance, eine grosse Mehrheit des Souveräns dafür zu gewinnen. Denn nicht akzeptiert oder sogar negiert wird dieses zukunftsweisende Konzept nur von der GSoA und der äussersten Rechten, in deren sendungsbehafteten Augen anscheinend alle neutralen Staaten Europas falsch handeln.

Zu meinem wichtigsten Argument: Die liberalen bürgerlichen Parteien sind auf die Unterstützung der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie der Friedensbewegung angewiesen, weil so – und nur so – überhaupt die Chance für einen neuen sicherheitspolitischen Kompromiss besteht. Wie wollen Sie denn sonst die Realisierung des im sicherheitspolitischen Bericht 2000 Dargelegten und die demnächst in den Kommissionen zu behandelnde Vorlage zur Bewaffnung der Schweizer Truppen in friedenssichernden Einsätzen im Ausland erfolgreich über die Bühne bringen?

Herr Bundesrat Ogi, Kolleginnen und Kollegen der Koalition der Vernunft: Wenn Sie schon der Umverteilungs-Initiative wahrscheinlich nicht zustimmen können, so schmettern Sie diese doch nicht gewaltig ab, oder sorgen Sie zumindest für ein gutes Behandlungs- und Abstimmungstiming. Wer weiss, es wäre vielleicht nicht schlecht, Herr Ogi, wenn die Konturen der «Armee XXI» dannzumal etwas klarer erkennbar wären. Denn sonst laufen wir Gefahr, dass wieder unheilige Allianzen geschmiedet werden. Wir stünden – das ist keine Drohung, das ist eine nüchtern kalkulierte Feststellung – vor einem gewaltigen Scherbenhaufen. Unsere Sicherheitspolitik – einschliesslich der Armee – nähme ungleich grösseren Schaden als den vermeintlichen Schaden, den uns gewisse Kolleginnen und Kollegen bei einer Annahme der Umverteilungs-Initiative hier prophezeien wollen.

Hollenstein Pia (G, SG): Wie es in diesem Haus üblich ist, möchte ich zuerst meine Interessenbindung offen legen. Ich bin Mitglied des Initiativkomitees und habe in St. Gallen stundenweise Unterschriften gesammelt. Das Unterschriftensammeln war immer eine gute Erfahrung, auch wenn mir manchmal viel Enttäuschung und Kritik entgegenkamen. Viele Frauen und auch sehr viele Männer bedauerten, dass es sich nur um eine Umverteilungs-Initiative und nicht um eine Armeeabschaffungs-Initiative handelte. Nun ist es halt so.

Mit einem Ja zur Initiative werden die Kredite für die Landesverteidigung spätestens zehn Jahre nach der Annahme der Initiative auf die Hälfte des Betrages der Rechnung von 1987 reduziert werden. Die dadurch frei werdenden Mittel können wirkungsvoller eingesetzt werden. Die Grünen erachten eine Umverteilung von finanziellen Mitteln vom Militär und der Gesamtverteidigung zugunsten einer zukunftsgerichteten Friedens- und Sicherheitspolitik als dringend.

Die Delegiertenversammlung der Grünen hat zur Umverteilungs-Initiative ohne Gegenstimme Ja gesagt. Mit einem Ja zur Initiative setzen wir ein wichtiges Zeichen. Die Forderung der Grünen ist klar: weniger Mittel in sinnlose militärische Kampfabungen stecken. Folglich kann die zivile Friedensförderung stärker gewichtet werden. Absatz 3 des Initiativtextes nimmt diese Forderung auf: Ein Drittel der eingesparten Beträge soll in Entwicklungszusammenarbeit, Schutz von natürlichen Lebensgrundlagen, Konfliktverhütung, gewalt-

freie Streitbeilegung und Abrüstung investiert werden. Dieser Ansatz ist aus zwei Gründen wichtig und richtig:

1. Es besteht in der Schweiz ein grosses Ungleichgewicht zwischen Landesverteidigung und Massnahmen zur Friedensförderung. Der Bund gibt heute mehr als dreimal so viel für Landesverteidigung wie für Friedensförderung im weitesten Sinne aus. In Anbetracht der laufenden Entwicklung und der Bedrohungslage ist es für ein Land wie die Schweiz ein echter Verhältnissblödsinn, für die militärische Landesverteidigung mehr auszugeben als für die Friedensförderung. Solange die Güter so ungleich verteilt sind und viele Menschen ihre Grundbedürfnisse nicht decken können, so lange wird es Verteilungskämpfe und Konflikte geben. Wir Grünen setzen auf die Stärkung ziviler Lösungswege. Wir brauchen eine Stärkung aller Bestrebungen für zivile Lösungsansätze. Dies wird durch die Initiative ermöglicht. Es gilt, die Gewichte anders als bisher zu setzen. Friedensförderung soll nicht durch Abwehrszenarien, sondern primär durch die Beseitigung von Konfliktursachen realisiert werden. Dazu gehören im weitesten Sinn gerechte Wirtschaftsstrukturen, um Konflikte erst gar nicht entstehen zu lassen. Zur Beseitigung von Konfliktursachen gehören die Erhaltung der ökologischen Ressourcen und eine gerechte Verteilung der vorhandenen Güter, aber auch die Nutzung aller diplomatischen Mittel zur Konfliktbeilegung.

Vielen der heutigen Kriege und Bürgerkriege ist eines gemeinsam: Vielfach wurde es in einem frühen Stadium versäumt, in gewaltmindernder Weise auf die Bewältigung von Konflikten Einfluss zu nehmen. Im Gegensatz dazu investiert auch die Schweiz ihre knappen finanziellen Mittel vorab in Bereiche, wo die geringsten Risiken bestehen, nämlich in die militärische Verteidigung des Territoriums. In keinem Staat Europas kostet das Militär pro Kopf der Bevölkerung so viel wie in der Schweiz. Mit 1416 Franken pro Einwohnerin und Einwohner würden wir olympisches Gold erhalten.

Die Umverteilungs-Initiative hilft, die nötigen Korrekturen zugunsten eines sinnvoller Einsatzes der Mittel einzuleiten. Das bedeutet verstärktes ziviles Friedensengagement. Die Gelder müssen dorthin fliessen, wo sie am meisten für die Vorsorge bezüglich sozialer Krisen und weniger für die militärische Verteidigung verwendet werden.

Der Bund hat natürlich im Bereich der Friedensförderung bisher auch einiges getan. Die Aktivitäten sind in der Botschaft auf Seite 10ff. aufgeführt. Diese Bemühungen sind aber bis jetzt der berühmte Tropfen auf den heissen Stein geblieben.

Die grüne Fraktion fordert, dass die Gewichte in Zukunft viel mehr auf Friedensförderung im umfassenden Sinn gelegt werden müssen. Ein Ja zur Umverteilungs-Initiative macht dafür finanzielle Mittel frei. Die eingesparten Militärgelder können nach Annahme der Initiative durch Beschlüsse der Bundesversammlung ihrem Zweck zugeführt werden. Das Geld kann dann dort eingesetzt werden, wo es dringend gebraucht wird: in der Sozialpolitik, in der zivilen Friedens- und Entwicklungsarbeit. Auch wichtig: Die Initiative verlangt die Schaffung eines Konversionsfonds. Damit können zivile, d. h. gleichzeitig nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Philosophie «Je mehr Rüstung, desto mehr Frieden» hat längst ausgedient. Ein Ja zur Umverteilungs-Initiative hilft, die zivilen Bereiche einer Friedens- und Sicherheitspolitik zu stärken.

Ich bitte Sie, der Kommissionsminderheit zu folgen und dem Volk die Umverteilungs-Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Engelberger Eduard (R, NW): Um es vorwegzunehmen: Die FDP-Fraktion tritt für eine moderne, flexibel ausgerichtete Sicherheitspolitik ein, lehnt aber die rückwärts gerichtete, linke Umverteilungs-Initiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze» einstimmig ab.

Die Initiative geht vom überholten Bild einer Armee im kalten Krieg aus und ignoriert, Frau Haering, die insgesamt erfolgreichen Bemühungen des Bundesrates für eine umfassend

verstandene Sicherheitspolitik, auch in friedensfördernden Massnahmen, auch in der Friedensprävention. Die FDP-Fraktion ist klar der Ansicht, dass durch die völlig undifferenzierte Initiative die Glaubwürdigkeit unserer Verteidigungsanstrengungen in arge Mitleidenschaft gezogen wird. Damit werden die sicherheitspolitische Handlungsfreiheit, die Flexibilität der neuen Sicherheitspolitik im Sinne von Sicherheit und Kooperation und die «Armee XXI» derart massiv eingeschränkt, dass die Fähigkeit unseres Landes zur Selbstbehauptung völlig verloren geht.

Die FDP-Fraktion ist weiter überzeugt – und das wird man immer wieder hören –, dass das VBS seine Friedensdividende in der Höhe von rund 9 Milliarden Franken bereits erbracht hat, weil die Ausgaben für die Landesverteidigung allein in den Jahren 1987 bis 2002 real um 28 Prozent und die Rüstungsausgaben sogar um 44 Prozent zurückgestuft wurden. Damit sind auch die Forderungen der Initiative bereits zu mehr als der Hälfte erfüllt. Verglichen mit anderen vergleichbaren Staaten, sind die schweizerischen Verteidigungsausgaben überdurchschnittlich rückläufig; der «runde Tisch» lässt grüssen. Der Rückgang muss gebremst und in verantwortbare Bahnen gelenkt werden, denn die Verteidigung, die sich jetzt in einem Umgestaltungs- und Anpassungsprozess befindet – ich denke an die «Armee XXI» –, muss ab 2002 wieder mit stabilen, nicht halbierten Budgets rechnen können.

Deshalb wollen wir Freisinnigen einen baldigen Volksentscheid und damit verbunden eine klare Ablehnung dieser unauglichen Initiative, einer Initiative, die aus volkswirtschaftlicher Sicht verheerende Folgen hinterlassen würde und für die Rüstungsindustrie Schweiz – laut Rüstungschef Wicki auch für die durch die Ruag neu strukturierten Betriebe der Schweizerischen Unternehmung für Flugzeuge und Systeme (SF) – zu einer Katastrophe führt. Ebenso betroffen sind die Maschinen- und die Fahrzeugindustrie. Ein Ja hätte den Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen mit unabsehbaren sozialen Kosten zur Folge und wäre ein unerhört schwerer Schlag für den Werkplatz Schweiz. Daran ändert auch die Alibiübung mit dem Konversionsfonds nichts. Die im In- und Ausland gemachten Erfahrungen der letzten Jahre beweisen, dass sich solche Konversionsprojekte als äusserst ungeeignete Instrumente erweisen. Dazu möchte ich betonen, dass die praktisch totale Auslandsabhängigkeit im Rüstungs-Know-how eine weitere unverantwortbare Konsequenz einer Annahme der Initiative wäre. Im Übrigen würden die damit eingesparten Gelder das Defizit in der Bundeskasse in keiner Art und Weise vermindern, weil sie auf andere Aufgabenbereiche umverteilt werden sollen. Die Bemühungen der Linken zur Abschaffung der Verteidigung in Raten nehmen ihren gewohnten Lauf: mit neuen Schlagzeilen für noch mehr Friedensförderung, mit Sozialpolitik plus und einer völlig ungeeigneten Konversionspolitik. Die FDP-Fraktion ist sich mit dem Bundesrat darin einig, dass die Auswirkungen der Initiative nicht verantwortbar sind. Deshalb sagen wir nein zu dieser radikalen und undifferenzierten Initiative.

Ich beantrage Ihnen im Namen der einstimmigen FDP-Fraktion, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Studer Heiner (E, AG): Die evangelische und unabhängige Fraktion ist der Meinung, dass diese Volksinitiative eine wichtige Frage aufgreift. Allerdings muss man sich fragen, ob die Initiative diese Frage auch richtig beantwortet. Wir sind überzeugt, dass im Bereiche der Landesverteidigung auch in Zukunft einiges zu diskutieren sein wird und dass es wünschenswert ist, mit weniger Mitteln das Notwendige zu erreichen. Wir denken weiter, dass im Bereich der friedensfördernden Massnahmen neben dem Vielen, das getan wird, noch mehr getan werden muss. Wir hätten gerne konkrete Vorschläge, über die wir in diesem Saal entscheiden könnten. Wir kommen nämlich zum Schluss, dass wir, bei allem Verständnis für das Anliegen, dieser Initiative nicht zustimmen können, weil sie einen Mechanismus vorschlägt, der sehr starr ist und die Problematik über die Finanzen angeht. Wir möchten diese Themen inhaltlich diskutieren und sind

der Meinung, dass in diesem Rat Lösungen zustande kommen können, die breit getragen werden. Jetzt aber mit dieser Initiative die Debatte vor dem Volk führen zu müssen, scheint uns eher schädlich. Wir würden es begrüssen – auch wenn dieser Wunsch unrealistisch ist –, wenn diese Volksinitiative zurückgezogen würde und uns dann von den Initiantinnen und Initianten Vorschläge auf den Tisch gelegt würden, über die wir entscheiden könnten.

Mit dieser Begründung wird die evangelische und unabhängige Fraktion diese Volksinitiative zur Ablehnung empfehlen.

Freund Jakob (V, AR): Die SVP-Fraktion unterstützt die Kommissionsmehrheit und beantragt, die Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen. Was diese Volksinitiative will, haben Sie von den Berichterstattern vernommen. Für unsere ablehnende Haltung nenne ich nur vier Gründe:

1. Das Schweizervolk steht hinter einer starken und glaubwürdigen Armee. Das kam in den letzten Jahren bei mehreren Abstimmungen zu dieser Sache klar zum Ausdruck. Den gleichen Trend zeigen auch die neuen Sicherheitsstudien.

2. Die Initiative trägt dem, was im VBS eingeleitet wurde, keine Rechnung. Wie Herr Engelberger bereits ausgeführt hat, hat das VBS gegenüber den ursprünglichen Finanzplänen seit 1991 eine Friedensdividende von 9 Milliarden Franken erbracht. Damit hat das VBS den grössten Sparbeitrag aller Departemente geleistet. Wir dürfen und wollen die Armee nicht zu Tode sparen. Oder ist das die Absicht der Initianten?

3. Mit der Annahme der Volksinitiative würden auch die Wirksamkeit und die Glaubwürdigkeit unserer Armee im In- und Ausland in Frage gestellt. Den vielfältigen Herausforderungen unterhalb der Kriegsschwelle könnten wir nicht genügend entgegenstehen und einem ebenso nie auszu-schliessenden Krieg wären wir nicht gewachsen.

4. Wenn Probleme zur Krise werden, ist die Armee das einzige Mittel des Bundes zum Schutz der inneren Sicherheit und zur Existenzsicherung. Zudem trifft die Volksinitiative nicht nur die Armee, sie trifft auch den Zivilschutz; der Lawinenwinter und die Überschwemmungen lassen grüssen. Dann könnte der ehemalige SPS-Präsident, Herr Bodenmann, zu Recht sagen, das Schweizer Militär sei eine Trachtengruppe.

Das sind vier von vielen Argumenten, die gegen diese «Halbierungs-Initiative» sprechen.

Im Namen der einstimmigen SVP-Fraktion bitte ich Sie, der Mehrheit zu folgen und die Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen.

Eggly Jacques-Simon (L, GE): Ce n'est pas la première fois que l'on s'attaque au budget de la défense nationale. Cette fois-ci, on voudrait nous dire et nous faire croire que la présente initiative populaire est compatible avec l'air du temps, avec les nouvelles réalités, que ce serait plus réaliste et que notre défense nationale actuelle, avec son volume, avec son aspect militaire, serait en contradiction avec toute l'analyse politique lucide que l'on doit faire aujourd'hui. Et l'on se réfère notamment à la commission Brunner. C'est amusant, parce que l'on nous dit aussi que, de plus en plus, la sécurité aura lieu grâce à des collaborations, et les gens qui, au fond, nous disent: «Vous voyez, une défense autonome n'a plus de valeur», sont les mêmes qui nous disent par ailleurs: «Attention, la neutralité nous empêche de collaborer, par exemple, avec l'OTAN!» Voyez-vous, il y a toujours eu et il y aura toujours une bonne raison d'entamer le budget de la défense. Quand on n'aime pas, viscéralement, une tâche fondamentale, on trouve toujours des raisons de dire qu'on pourrait l'accomplir à beaucoup moins cher.

La vérité est beaucoup plus compliquée et, en même temps, beaucoup plus claire. Aujourd'hui comme hier, la Suisse a une responsabilité pour la sécurité et la stabilité en Europe, qui passe, dans la durée, par une capacité de défense de son territoire. C'est une constante qui traverse les périodes où cela paraît inutile ou même dérisoire. Il faut une volonté politique, il faut une continuité, il faut une garantie de qualité en matière de formation, d'armement et d'équipement. On

nous parle du mur de Berlin. En 1988, qui aurait pensé que le mur de Berlin allait s'écrouler? On doit faire un effort dans la durée, car l'on ne sait pas de quoi sera fait sinon demain, du moins après-demain.

La vision de la sécurité, c'est vrai – j'étais dans la commission Brunner et j'en suis, ô combien, persuadé –, exige des adaptations: moins d'hommes, davantage de technologie. Mais rien ne dit – et la commission Brunner n'a pas dit ça – que cela coûtera moins cher, et que cela coûtera moins cher notamment en cas de coopération internationale de la part de la Suisse. Les ouvertures vers des opérations internationales exigent et exigeront aussi de la qualité. Mme Haering a développé tout à l'heure une dialectique qui est, à mes yeux, un piège intellectuel: l'air de dire que le contexte international va exiger tellement d'efforts civils, humanitaires, diplomatiques, que c'est ça la prévention, que c'est ça la sécurité. Mais c'est un piège intellectuel, car d'un autre côté, la paix en Europe exige, comme l'a dit un ancien ministre français à une séance où j'étais avec M. Ogi, conseiller fédéral, que quelquefois on établisse le droit sur la force. Le droit sur la force va de pair avec les engagements humanitaires, avec les engagements diplomatiques, et quelles que soient les perspectives de sécurité en Europe, il faudra non pas moins, mais peut-être même davantage d'éléments militaires. Si la Suisse s'engage dans cette coopération, elle devra faire et assumer sa part, comme les autres, dans les nouvelles conceptions comme dans les anciennes.

Mais pourtant, n'allons pas dire que le DDPS n'a pas fait d'efforts. Il a fait des efforts considérables. Depuis 1987, date de référence de l'initiative populaire, le budget militaire n'a pas cessé de baisser en valeur absolue et en valeur relative. Maintenant, nous sommes allés loin dans le sens de l'initiative, mais selon une planification, et non pas d'un coup, d'un seul, selon une idéologie qui veut prendre les apparences d'une argumentation raisonnable.

On nous dit aussi, dans cette initiative, qu'il serait bon de privatiser les emplois qui, actuellement, dépendent du domaine militaire. On pense notamment aux emplois qui dépendent des entreprises que nous avons en partie privatisées en changeant leur statut. Mais ces entreprises doivent continuer à assumer une tâche de fabrication d'armement pour la défense nationale, c'est leur obligation. Quant à leur reconversion, c'est toujours la même histoire: on croit qu'on peut reconverter en économie, comme ça, à bien plaisir, selon un certain volontarisme. La reconversion, elle, ne se décrète pas. Les emplois civils dépendent du marché et vous pouvez tourner la dialectique tant que vous voulez: avec cette initiative, la conséquence, c'est 5000 emplois à la corbeille. La gauche et les syndicats iront expliquer cela ensuite à leurs électeurs et à leurs adhérents.

La défense nationale, je vous l'ai dit, a fait le plus d'efforts. Si l'on compare avec les pays étrangers, on constate qu'aujourd'hui, les autres pays stabilisent leurs budgets, parfois même les augmentent, et on voudrait que la Suisse, qui n'a cessé de diminuer le sien, continue jusqu'en dessous du seuil critique.

Autre argument critique qu'on a entendu, notamment de la bouche de M. Banga: «La défense nationale se porte le mieux lorsqu'on a un consensus politique. Il faudrait donc intégrer la gauche, intégrer les socialistes dans l'appui à cette nouvelle politique. Cette initiative serait un moyen politique formidable d'intégrer la gauche au soutien à une défense nationale régénérée et à une politique renouvelée.» Cela est à la limite du chantage politique. La nouvelle conception de la sécurité, j'y insiste encore, avec ses volets diplomatiques, ses volets humanitaires, ses volets de participation à des organisations internationales, n'entraîne pas du tout un choix qui impliquerait la suppression de notre effort de défense nationale. Il peut y avoir de nouvelles priorités, mais je doute fort que cela débouche sur une évidence de baisse de moitié du budget de la défense nationale. Ce que nous ferons moins ici, nous devrons le faire davantage là. Ce que nous ferons moins en matière d'effectifs, nous devrons le faire davantage en matière d'équipements. Ce que nous ferons moins en défense du territoire, nous le ferons plus en

actions de solidarité. Finalement, je crois qu'il faut voir la totalité de la vision, et pas seulement une vision partielle. Cette initiative, sous couleur d'une sorte de vision intellectuelle raffinée, est bien, en réalité, dans la continuité d'un antimilitarisme qui sommeille et qui, à chaque période et à chaque époque, essaie de trouver sa voie et ses justifications. Cette initiative – et c'est ce qui me gêne – se pare de vertus intellectuelles et d'un masque d'esprit positif, alors qu'en réalité, en cas de succès, ce serait un mauvais coup pour l'économie, un très mauvais coup pour une politique de sécurité crédible et un signe politique d'affaiblissement d'une volonté séculaire d'indépendance, d'interdépendance et de coresponsabilité en Europe. A cette initiative toute en trompe-l'oeil doit s'opposer un non sans ambiguïté, et c'est le non du groupe libéral.

Eberhard Toni (C, SZ): Die Volkinitiative «Sparen beim Militär und bei der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze» wird von der CVP-Fraktion klar abgelehnt.

Mit den in die Wege geleiteten Reformen, mit den im Bericht Brunner weiter vorgesehenen Schritten zur «Armee XXI» sind wir auf dem richtigen Weg. Mit dem Modell «Sicherheit durch Kooperation» sind viele der Forderungen bereits aufgenommen worden, oder es werden in deren Rahmen noch Diskussionen geführt und die Forderungen verwirklicht. Vor allem sind in den letzten Jahren grosse und auch erfolgreiche Anstrengungen unternommen worden, um die Ausgaben im Verteidigungsbereich der angespannten Finanzlage des Bundes anzupassen. Mit der Armee reform haben wir die Gewähr, dass wir mit den finanziellen Mitteln sparsam umgehen und auch den Verfassungsauftrag, die Unabhängigkeit der Schweiz zu garantieren, sicherstellen können. Die eingeleiteten Reformschritte sind flexibel und umsetzbar, die von der «Halbierungs-Initiative» verlangten Schritte aber sind willkürlich und unflexibel.

Die Forderung der Initiative, die Kredite des Bundes für die Landesverteidigung in spätestens zehn Jahren auf die Hälfte der Rechnung von 1987 zu reduzieren, ist willkürlich. Es ist verantwortungslos, die Aufwendungen in der Verteidigung und im Bevölkerungsschutz in einer sich rasant wandelnden Welt auf einem bestimmten, verfassungsmässig festgelegten Niveau einzufrieren. Mit dieser Initiative verbauen wir alle Möglichkeiten, in Zukunft auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen flexibel und zeitgerecht zu reagieren. Sie trägt auch in keiner Weise der modernen Bedrohungslage Rechnung, der nur mit einer modernen und zeitgemässen, aber auch teureren Ausrüstung begegnet werden kann. Eine weitere Kürzung oder die Halbierung der Mittel führt also dazu, dass die Armee nicht mehr modernisiert wird. Die Verteidigungsfähigkeit würde rasant abnehmen. Verteidigungskapazitäten sind schneller ab- als wieder aufgebaut. Kriege und Krisen kommen schneller, als Armeen halbiert, reduziert oder wieder vergrössert werden können. Sollte infolge veränderter Bedrohungslage der Wiederaufbau von stärkeren Verteidigungskräften nötig werden, ist es mit diesem Verfassungsartikel nicht möglich, innert nützlicher Frist die halbierte Armee wieder aufzubauen.

Ein wichtiger Grund zur Ablehnung der «Halbierungs-Initiative» ist für die CVP-Fraktion auch der Verlust der vielen Arbeitsplätze, und dies trifft vor allem die Regionen. Heute fliessen 70 Prozent des Auftragsvolumens unserer Verteidigungsausgaben in die Schweiz und in ihre Regionen. Die bisherigen Sparmassnahmen bei der Armee haben bereits seit 1990 über 3600 Arbeitsplätze zum Verschwinden gebracht. Mit der Initiative würden weitere 7000 folgen, und somit würden die Regionen innert weniger Jahre über 10 000 Arbeitsplätze verlieren.

Auch mit dem vorgesehenen Konversionsfonds könnten diese Arbeitsplätze nicht ersetzt werden, und die Arbeitslosenversicherung hätte die Kosten zu tragen.

Zur Friedenssicherung: Ein Drittel der eingesparten Mittel müsste für Friedenspolitik und Konfliktverhütung eingesetzt werden. Die Schweiz beteiligt sich heute schon solidarisch und aktiv an der Friedenspolitik und der Konfliktverhütung

und ist in verschiedenen Organisationen wie zum Beispiel der OSZE, «Partnership for Peace» und vielen weiteren tätig. Sie kann ihre guten Dienste dank der Neutralität universell anbieten. Die neue Sicherheitspolitik sieht sogar einen Ausbau dieser Zusammenarbeit vor und ist sinnvoll. Die von der Volksinitiative geforderte massive Erhöhung der Zuschüsse an die internationale Friedenspolitik würde den Apparat der internationalen Funktionäre nur aufblähen und hat wenig mit einem gezielten Mitteleinsatz zu tun. Aus all diesen Gründen beantragt Ihnen die CVP-Fraktion, dem Volk die Volksinitiative «Sparen beim Militär und bei der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze» zur Ablehnung zu empfehlen.

Weigelt Peter (R, SG): Die sogenannte Umverteilungs-Initiative der Sozialdemokratischen Partei, über die wir heute beraten, ist eigentlich ein Ladenhüter, den einige von uns bereits behandelt haben, ein Ladenhüter, der längst entsorgt werden müsste, handelt es sich doch um nichts anderes als um eine Neuauflage der 1995 in diesem Saal als unrechtmässig und ungültig erklärten «Halbierungs-Initiative».

Doch die Umverteilungs-Initiative knüpft nicht nur sicherheitspolitisch an eine falsche Strategie an, sie ist auch inhaltlich überholt. Denn das VBS hat längst bewiesen, dass sich unsere Armee durchaus den aktuellen Marktbedürfnissen anzupassen weiss. Der nominelle Rückgang der Militärausgaben in der Schweiz um über 10 Prozent seit 1990, bei den Rüstkungsausgaben um über 25 Prozent, ist dafür ein eindrücklicher Beweis. Doch offensichtlich nehmen die Initianten diese Entwicklung durch ihre ideologische Brille nicht zur Kenntnis.

Genauso wie sich die Entwicklung des sicherheitspolitischen Marktes dahingehend ausgewirkt hat, dass die Armee in den letzten Jahren sukzessive ihre Ressourcen zurückbilden konnte, genauso müssen wir alles daran setzen, dass die Entwicklung des sicherheitspolitischen Marktes die Möglichkeit offen lässt, die Kampfkraft bei Bedarf möglichst rasch und effizient wieder aufbauen zu können. Nur eine Armee, die flexibel auf ein sich veränderndes Umfeld reagieren kann, bleibt langfristig handlungsfähig und damit auch glaubwürdig. Wer jedoch eine spätere Aufstockung eines sicherheitspolitischen Budgets an eine Verfassungsänderung binden und eine Volksabstimmung provozieren will, der entzieht unserer Armee vorsätzlich ihre politische Handlungsfähigkeit und schädigt damit langfristig auch ihre Glaubwürdigkeit.

Aus meiner Sicht muss die Umverteilungs-Initiative aber nicht nur aus sicherheitspolitischen, sondern auch aus ordnungspolitischen Überlegungen klar abgelehnt werden, denn mit der Annahme der Umverteilungs-Initiative würde eine weitere Kompetenz unseres Parlamentes beschnitten, nämlich die Budgethoheit in militärpolitischen Belangen. Es würde mich an dieser Stelle interessieren, wie die Initianten zum Vorwurf Stellung nehmen, dass sie einerseits eine Initiative einreichen, die die Budgethoheit und damit die Kompetenzen dieses Rates beschneidet, andererseits aber selber lautstark gegen Initiativen antreten, die offensichtlich das Parlament bevormunden wollen. Ich erinnere an die Volksinitiativen von Kollege Maspoli. Offensichtlich gilt auch hier: Wenn zwei dasselbe tun, ist es noch lange nicht dasselbe.

Da nun aber die Initianten die Volksinitiative offensichtlich trotz deren Ladenhüter-Status an die Urne bringen wollen, gilt es, neben der sicherheitspolitischen Lagebeurteilung auch eine abstimmungstaktische Lagebeurteilung vorzunehmen. Als Befürworter einer starken und glaubwürdigen Armee schätze ich das Risiko einer Zustimmung zur Umverteilungs-Initiative heute als relativ gering ein. Denn das Volk hat gerade in den letzten Monaten erlebt und erkannt, wie wichtig ein funktionstüchtiges Sicherheitsnetz in diesem Lande ist. Ob Asylantenbetreuung, Lawenniedergänge, Hochwasser, Botschaftsbewachungen, Hilfe vor Ort – in all diesen Fällen haben Dienstleistende, also Armeeangehörige, wie auch die Bevölkerung die Armee von ihrer aktiven Seite kennen gelernt. Dieses Erleben von Bereitschaft, Lei-

stungswillen, Einsatz und Solidarität ist aus meiner Sicht wesentlich tragfähiger als das verstaubte ideologische Argumentieren der Initianten. Ich erachte es daher als eine Chance, die kommende Debatte über unsere Armee vor dem Hintergrund eines aktuellen Leistungsausweises führen zu können und damit den ideologischen Argumenten der Initianten bürgernahe und glaubwürdige Fakten entgegenzuhalten. Für mich ist das Nein zur Umverteilungs-Initiative damit zugleich ein klarer Auftrag für eine bürgernahe und realitätsnahe Darstellung unserer Armee und unserer Sicherheitspolitik, einer Politik, die in den vergangenen Monaten wohl etwas allzu stark an Gerichte, Expertisen und Expertenmeinungen gebunden war. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen, die Umverteilungs-Initiative abzulehnen.

Rennwald Jean-Claude (S, JU): Je vais aborder la question qui nous occupe essentiellement du point de vue de l'emploi. L'acceptation de l'initiative populaire, selon le Conseil fédéral, entraînerait la perte de milliers de places de travail. Les coûts sociaux subséquents seraient très élevés.

Cette compassion vous honore, Monsieur le Conseiller fédéral. On peut toutefois se demander pourquoi les autorités de ce pays n'ont pas fait preuve d'une compassion au moins égale, à d'autres occasions, par exemple lorsque 60 000 emplois ont été supprimés dans l'horlogerie, ce qui avait eu pour effet de vider certaines régions de l'Arc jurassien d'environ le quart de leur population. Ou pour prendre des exemples plus récents: pourquoi le Conseil fédéral n'a-t-il pas manifesté une telle compassion à l'égard des travailleurs d'Adtranz, d'Alusuisse, de Bally, de Sulzer, de Schäublin ou encore de Giovanola? Cas qui sont autant de mesures ou de projets de démantèlement de la place industrielle suisse. Dans tous ces cas, Monsieur le Conseiller fédéral, pourquoi n'avez-vous pas dit – c'est votre expression – «que les coûts sociaux subséquents seraient très élevés»?

Votre silence dans toutes ces affaires m'incite à penser que le Conseil fédéral s'intéresse essentiellement aux emplois militaires, ce en quoi, de mon point de vue, il a tort, et cela pour trois raisons au moins:

1. En raison de la chute du mur de Berlin, l'industrie d'armement n'aura plus jamais l'importance qu'elle a eue jusqu'ici. D'autres pays l'ont compris.
2. L'investissement dans le secteur militaire rapporte peu. Avec 1 milliard de francs investi dans ce secteur, on peut en effet créer quelque 75 000 emplois. Mais, avec la même somme, on peut en créer plus de 90 000 dans les transports publics, 100 000 dans la construction, 140 000 dans la santé ou encore 150 000 dans l'éducation. En investissant dans l'armement, on utilise, par conséquent, mal les deniers publics.
3. L'initiative populaire doit être réalisée en l'espace de dix ans et elle prévoit tout de même un fonds de 1 milliard de francs pour la reconversion des entreprises concernées ainsi que des travailleurs et des travailleuses qui y sont occupés. Or, ce délai et ce montant me paraissent suffisants et raisonnables pour mener une politique de reconversion digne de ce nom.

Alors que nous avons encore une surcapacité militaire, de très nombreux besoins économiques et sociaux ne sont pas encore satisfaits. Je pense notamment aux secteurs de l'énergie, de l'environnement, des transports publics d'avant-garde ou encore des techniques de recyclage. Or, Monsieur le Conseiller fédéral, dans tous ces secteurs, il y a de très forts et de très importants gisements d'emplois.

Encore une autre considération, à savoir que, et il faut le reconnaître, même si des efforts de réduction des dépenses militaires ont été accomplis depuis un certain nombre d'années, en comparaison internationale notre pays reste surarmé, il faut le souligner. Nous avons ainsi 56 soldats par mille habitants contre 13 en France et 12 en Allemagne; 12 chars d'assaut par kilomètre carré contre 8,4 en Allemagne et 1,4 en France; ou encore 33 avions de combat pour mille kilomètres carrés contre 1,4 en Allemagne et 1 en France.

C'est manifestement trop, et même beaucoup trop. C'est beaucoup trop pour un pays dont l'armée, depuis Marignan, et cela nous ramène très loin dans l'histoire, n'a plus jamais été qu'une armée de guerre civile et de répression intérieure.

En conclusion, je vous invite à soutenir l'initiative populaire.

Polla Barbara (L, GE): Le Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports est paradoxalement à la fois le plus important et celui sur lequel on a fait peser le plus lourdement les économies au cours de cette dernière décennie. Le plus important d'abord, car assurer la sécurité des citoyens est bien le premier rôle de l'Etat; le plus important, aussi, parce qu'il joue un rôle essentiel dans notre modeste contribution à la paix dans le monde. Ceux qui voudraient promouvoir des emplois civils plutôt que militaires ou détourner les fonds de la défense en faveur de la paix devraient examiner d'un peu plus près le programme du DDPS. Le service civil y est en développement; le programme de sécurité par la coopération met en oeuvre une promotion accrue de la paix, notamment par l'intermédiaire de notre participation aux programmes du Partenariat pour la paix, mais aussi par l'intermédiaire de la Swisscoy par exemple. Que fait la Swisscoy si ce n'est oeuvrer pour la paix? Elle contribue à la construction de camps, au traitement de l'eau, à des missions de génie civil ou de traitements médicaux. Toutes ces interventions effectuées à l'étranger respectent parfaitement notre neutralité. Défense nationale et sécurité efficace, d'une part, et politique de la paix, d'autre part, vont donc bien main dans la main, et non pas dos contre dos.

Prenons maintenant l'aspect financier. Le DDPS aura économisé, comme cela a déjà été dit, 9 milliards de francs de 1991 à 2001, et il va encore économiser 1,1 milliard de francs dans les trois ans qui viennent. De 1987 à 2002, son budget aura diminué de 28 pour cent, alors qu'il est prévu que celui de la Confédération augmente de 37 pour cent pendant la même période. Cela suffit! Plutôt que d'envisager de diminuer encore ces budgets, ceux qui veulent économiser, et dont nous faisons bien sûr partie, feraient mieux de tourner leurs yeux et leur calculatrice ailleurs, vers d'autres départements.

Les citoyens de ce pays veulent être bien protégés, et ils en ont le droit. Ils ont le droit d'être bien protégés dans tous les sens du terme et dans tous les domaines, y compris lors des catastrophes naturelles – un terrain sur lequel notre armée s'est beaucoup engagée ces dernières années; protégés aussi contre la complexité des nouvelles menaces qui remettent en cause notre sécurité antérieure, menaces particulièrement bien décrites dans le rapport de la commission Brunner et dans le «Rapolsec 2000», comme le soulignait déjà M. Guisan. Pour répondre aux attentes bien légitimes de nos concitoyens, il y aurait lieu en fait de déposer des initiatives allant en sens contraire de celle-ci, et de redonner au DDPS les pleins moyens de sa politique de sécurité, de promotion de la paix et de formation.

Pour toutes ces raisons et bien d'autres encore détaillées, par les rapporteurs de la commission, je vous invite à rejeter cette initiative populaire, que je m'engage à combattre aussi, et farouchement! sur le terrain cantonal, à Genève, qui justement a pu bénéficier cette année encore d'un engagement remarquable de l'armée dans la défense de ses ambassades notamment.

Jossen Peter (S, VS): Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung zum Thema Interessenbindung: Ich hätte mir bei dieser Debatte eigentlich gewünscht, dass diese nicht nur jene anmelden, welche Unterschriften gesammelt haben, sondern auch jene, die in dieser Debatte bis jetzt gesprochen haben. Ich würde vorschlagen, dass diese sich mit ihrem militärischen Rang anmelden. Wenn man nämlich diesen Herren Offizieren zuhört, hat man das Gefühl, der kalte Krieg sei noch voll im Gang. Was die Herren Engelberger, Freund, Weigelt und vor allem Herr Eggly sagen, ist nun wirklich rückwärts gewandt und entspricht nicht etwa der

Argumentation dieser Initiative. Ich möchte meine Interessenbindung offen legen: Ich spreche als ausgemusterter Sanitätssoldat mit 217 Diensttagen zu Ihnen.

Die vorliegende Initiative ist nicht nur eine Sparvorlage, wie Sie uns anhängen wollen; der Titel ist nun einmal so, wie er ist. Es ist eine Initiative «für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze», und um diese zukunftsgerichteten Arbeitsplätze geht es im Wesentlichen. Wir erleben heute schon, dass das VBS vorab in den Berg- und Randregionen wesentliche Arbeitsplätze abgebaut hat. Das hat mit der Initiative überhaupt nichts zu tun. Wir haben erlebt – es ist noch nicht so lange her –, dass die Belastungen unserer Regionen in keinem vernünftigen Verhältnis zum volkswirtschaftlichen Nutzen standen. Koberio I und II haben, wie viele andere Übungen auch, eines gezeigt, nämlich dass die Berg- und Randregionen unter den Belastungen der Armee massiv gelitten haben und dass es keinen angemessenen volkswirtschaftlichen Nutzen gab. Das ist und war vor allem die Realität. Das hat mit dieser Initiative nichts zu tun. Wenn man heute kommt und sagt, dass ausgerechnet wir die Arbeitsplätze gefährden würden, dann kann ich nur sagen: Wer das behauptet, stellt die Dinge auf den Kopf! Es geht ja eben nicht darum, Herr Eggly: Les places de travail, mettre à la corbeille 5000 postes de travail; das ist hier nicht der Fall, das haben wir bereits gesehen. Man kann jetzt nicht die Politik des VBS – welche darin bestand, dass man vorab die Randregionen belastete und volkswirtschaftlich praktisch nichts erbrachte – der Initiative in die Schuhe schieben.

Zur Konversionspolitik: Das ist ja ein wunderschöner Versprecher von Herrn Kollege Toni Eberhard gewesen, der von einem «Konversationsfonds» gesprochen hat. Es geht eben um einen Konversionsfonds und um Konversionspolitik. Hier gilt es anzusetzen. Natürlich wissen wir, dass man die Konversion nicht einzelbetrieblich durchführen kann; das ist allen klar. Deshalb haben wir auch vorgesehen, dass es eine gesamtwirtschaftliche, regionalpolitisch abgestufte, mit den übrigen Bundesinstrumenten verzahnte Konversionspolitik geben soll.

Es ist mir völlig schleierhaft, meine Damen und Herren von der FDP-Fraktion, was daran rückwärts gerichtet ist oder wirtschaftlich verheerend sein soll. Wirtschaftlich verheerend ist es, wenn wir lediglich die Friedensdividende einsetzen, um die Bundesfinanzen zu sanieren, aber nicht, wenn man diese Mittel teilweise in die Konversion einfließen lässt. Ich bitte Sie darum in diesem Sinne, gerade aus der Sicht der Berggebiete und Randregionen: Wer im richtig verstandenen Interesse dieser Regionen – wie gesagt, nicht im einzelbetrieblichen, sondern im regionalpolitischen Sinne – einen Entscheid treffen will, der muss dieser Initiative zustimmen.

Mugny Patrice (G, GE): Si j'en crois les chiffres donnés par le Conseil fédéral, les dépenses militaires sont déjà en cours de réduction et cette diminution devra atteindre, en 2002, 28 pour cent du budget militaire tel qu'il était présenté aux députés il y a quelques années. Je suis certain qu'à l'époque des gens très sérieux et très responsables ont déclaré que de telles réductions mettraient le pays en danger. Je pense qu'aujourd'hui le pays est bien plus en danger en raison de la détérioration des liens sociaux que suite aux réductions des dépenses militaires.

Je dirai ensuite que j'ai eu l'occasion de suivre la conférence donnée il y a deux jours par M. Ogi, conseiller fédéral, et de participer à quelques échanges rapides avec des députés de droite concernant les tâches qui seront dorénavant confiées à l'armée. Une chose m'est apparue avec une clarté aveuglante: on ne sait plus trop quoi faire de cette armée, et on lui cherche désespérément de nouveaux petits boulots, histoire de justifier les quelque 5 milliards de francs qui lui sont alloués. J'aimerais dire ici que je ne défends pas un pacifisme aveugle qui ne veut pas voir des dangers tels que l'instabilité de certains pays qui pourrait relativement facilement basculer dans le fascisme, comme cela s'est notamment passé dans plusieurs régions de l'ex-Yougoslavie. Je sais que le monde n'est pas idéal et je suis convaincu, tout

paradoxal que cela puisse paraître, que l'Europe ne pourra pas se passer d'une force armée de maintien de la paix. Le débat devra avoir lieu sur la manière dont la Suisse participera à cette police européenne, sur les institutions démocratiques qui auront la légitimité d'actionner cette force armée, mais je suis tout aussi convaincu que l'existence d'une armée suisse à 5 milliards de francs n'a strictement aucun sens et que cette police européenne que j'ai mentionnée coûtera infiniment moins cher que des dizaines d'armées nationales. Je pense donc que, sur le plan pratique, il est parfaitement raisonnable de soutenir cette initiative populaire.

Mais je ne peux pas ne pas ajouter que, malgré la répétition de ce scénario, je suis toujours aussi surpris d'entendre des gens qui n'hésitent pas à précariser la situation des salariés, à faire travailler les femmes la nuit, à réduire les prestations sociales, à s'en prendre aux chômeurs et aux handicapés, bref à désécuriser les gens, voire à les désespérer, je suis donc surpris de voir ces mêmes gens parler tout à coup de sécurité. L'armée, dans l'histoire humaine, a plus souvent apporté la désolation que la sécurité. En revanche, les améliorations sociales obtenues depuis un siècle pour les pays qui en ont bénéficié ont, elles, réellement apporté une plus grande sécurité.

Enfin, je suis carrément stupéfait de voir que le Conseil fédéral et la droite parlent de la perte de milliers d'emplois qu'occasionnerait cette initiative. On a pu voir, ces dernières années, que nos autorités n'ont pas fait preuve d'une grande capacité d'intervention concernant les dizaines de milliers de licenciements qui ont défrayé la chronique dans notre pays. Pis, ils ont assidûment participé à ces suppressions de places de travail via les privatisations de certains secteurs publics. Ensuite, l'initiative populaire prévoit d'affecter 1 milliard de francs à la reconversion des emplois ainsi menacés, ce qui amène d'ailleurs le Conseil fédéral à décréter qu'il ne peut pas intervenir ainsi, sous peine d'entraîner une distorsion de la concurrence. Et moi qui croyais naïvement que l'autorité politique avait un rôle de régulateur! Mais c'est vrai que le Conseil fédéral et la droite considèrent que l'actuelle création de monopoles de fait de quelques grandes entreprises privées constitue certainement l'état de concurrence parfaite.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Jede Organisation und jeder Einsatz von Steuergeldern muss sich an den Ergebnissen messen lassen; das gilt auch für das Militär und die Landesverteidigung. Aufgabe der Landesverteidigung ist es, kollektive Sicherheit zu schaffen.

Welches sind nun die Bedrohungsbilder von heute? Das grosse Gewalt- und Konfliktpotenzial ist die ungleiche internationale Ressourcenverteilung. Die realen Probleme und Risiken liegen in den zivilen Bereichen; es sind Armut, Umweltzerstörung, soziale und ökologische Risiken. Zur Wahrung der kollektiven Sicherheit wendet die Schweiz heute eine unsinnige Menge an Material und Humankapital auf. Die Schweiz hat mit 400 000 Soldaten eine grössere Armee als Deutschland. Wir haben gleich viele Panzer wie Frankreich – ein Land, das wesentlich grösser ist – und viermal mehr als Österreich. Die Schweiz wendet heute, volkswirtschaftlich gemessen, 1400 Franken pro Kopf für die Landesverteidigung auf. Das sind – ebenfalls volkswirtschaftlich gemessen – insgesamt rund 10 Milliarden Franken. Auf der anderen Seite sind die Entwicklungsausgaben mit einem Anteil am Bruttoinlandprodukt von knapp über 0,3 Prozent und die Mittel für die internationale Friedenspolitik auf einem nach wie vor beschämend tiefen Niveau.

Herr Ogi, Sie haben zwar Ihre Rhetorik modernisiert, aber bei der Wahl Ihrer Instrumente klammern Sie sich noch immer an die Bedrohungsbilder des kalten Krieges. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass die Schweiz im Zeitraum von 1987 bis 1996 ihre Militärausgaben in einem viel kleineren Mass reduziert hat, als dies weltweit geschehen ist, nämlich um 7 Prozent, während es weltweit 33 Prozent waren. Die Schweiz hat, als alle abbauten, bis 1990 die Armeeausgaben immer noch erhöht. Das gilt es auch in

Bezug auf die bürgerlichen Voten zu beachten, in denen behauptet wurde, der Abbau habe in einem viel stärkeren Mass stattgefunden, als dies die Initiative besagt.

Damit wird die Landesverteidigung in der Schweiz immer mehr zu einem eigentlichen Belastungsfaktor für die Wirtschaft; sie verschlechtert die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Wirtschaft wird mit über sechs Millionen Dienstofftagen massiv belastet; wir haben völlig unnötige Absenzen an den Arbeitsplätzen. Die Lohnnebenkosten werden aufgebläht; junge Leute verlieren wertvolle Bildungszeit in der ehemaligen Kadenschmiede der Nation, die in der heutigen, globalisierten Wirtschaft nichts mehr wert ist. Der Boden wird ineffizient eingesetzt; der Zivildienst verteuert das Bauen und das Wohnen. Mit den Assistenzdiensten, die immer mehr zur blossen Legitimation der Armee ausgebaut werden, erbringt die Armee zivile Leistungen, die viel effizienter und wirtschaftlicher von zivilen Anbietern erbracht werden können. Herr Engelberger, das ist die eigentliche Gefahr für den Arbeitsplatz Schweiz: dieser ineffiziente Einsatz ökonomischer Ressourcen, der gestoppt werden muss. Wir müssen doch endlich wegkommen von der Materialschlacht, die den heutigen Bedrohungslagen in keiner Weise gerecht wird. Nötig sind vielmehr wirksame Mittel der Schweiz zur präventiven Konfliktlösung.

Die Umverteilungs-Initiative ist deshalb genau der richtige Schritt. Sie verlangt, dass die Ausgaben für die Landesverteidigung gegenüber dem Stand von 1987 halbiert werden. Volkswirtschaftlich gesehen könnten damit 4 bis 5 Milliarden Franken eingespart werden; das wäre eine Entlastung für den Arbeitsplatz Schweiz. In Bezug auf die Bundesmittel werden damit jährlich 1,8 Milliarden Franken für zivile Aufgaben frei. Konkret bedeutet das: 600 Millionen Franken mehr für die Konfliktlösung, für die Friedensarbeit und Entwicklungspolitik, 600 Millionen Franken mehr für soziale Sicherheit.

Eine Milliarde Franken wird geöfnet für den Konversionsfonds. Gerade die Konversionspolitik wurde bislang schmerzlich vernachlässigt. Die Bemerkungen des Bundesrates zu den Arbeitsplätzen in seiner Botschaft über die Umverteilungs-Initiative muten geradezu zynisch an. Der Bundesrat unterstellt uns, wir würden 6000 Arbeitsplätze abbauen. Der gleiche Bundesrat hat aber in den letzten Jahren in der Armee 14 000 Arbeitsplätze abgebaut – ohne flankierende Massnahmen mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Er hat ganze Regionen und die betroffenen Beschäftigten dem Markt überlassen. Richtig ist deshalb genau das Gegenteil: Erst die Umverteilungs-Initiative stellt sicher, dass der Abbau beim Militär sozial- und beschäftigungsverträglich vor sich geht. Sie zwingt zu einer regionalen Standortpolitik, die neue, intelligente zivile Arbeitsplätze schafft.

Nüchtern – und eben nicht ideologisch gefärbt – betrachtend stellen wir fest: Ob Sie für oder gegen die Armee sind – die Umverteilungs-Initiative bringt für alle etwas. Sie ist friedenspolitisch richtig, sie bringt Vorteile für den Arbeitsplatz Schweiz, sie bringt positive wirtschaftliche Effekte und sichert Arbeitsplätze. Herr Ogi, Sie müssten den Initiantinnen und Initianten für den Impuls, den sie Ihnen gegeben haben, eigentlich danken. Schade, dass Sie nicht mehr daraus gemacht haben.

Jutzet Erwin (S, FR): «Si vis pacem, para bellum!» Willst du den Frieden, bereite den Krieg vor! Sie kennen diesen römischen Spruch. Er ist einfach, einprägsam, bewährt. Die Römer haben ihn nicht erfunden, sondern von den Ägyptern, den Assyriern, Medern, Karthagern gelernt. Wohl auch bei uns wurde er bereits von den Pfahlbauern und Höhlenbewohnern überliefert und befolgt. Leider hat er sich oft bewährt; oftmals war ein wehrloses Volk machtigeren Potentaten ausgesetzt und wurde von ihnen überfallen.

Aber in unserem Jahrhundert lebte auch Albert Einstein; er hat erkannt, dass vieles, alles relativ ist. Wir müssen erkennen, dass dieser Spruch keine unverrückbare Wahrheit ist. Er ist zu hinterfragen, gerät ins Wanken. Wir leben in einer Zeit der permanenten technischen Revolution. In hundert Jahren kam die technische Entwicklung schneller voran als zuvor in zehntausend Jahren. Heute haben wir Waffensys-

teme, die man vor zehn oder zwanzig Jahren nicht für möglich hielt. Deshalb muss man auch in Sachen Kriegsverhinderung umdenken. Man kann nicht einfach den Krieg vorbereiten, indem man sich bis an die Zähne bewaffnet, einräumt, eingräbt. Es braucht mehr, als sich an diesen alten Spruch zu halten. Den Frieden wollen – wir alle wollen ihn – heisst nicht, den Krieg vorzubereiten. Den Frieden wollen heisst, Krieg mit allen Mitteln zu verhindern, mit Konfliktforschung, -vermeidung, dem Schaffen gerechter Gesellschaften, einer internationalen Solidarität, dem Vermeiden von Ausbeutung und Armut. Wir brauchen eine breite Bildung, eine Erziehung zur Toleranz, gegen Fundamentalismus und Fanatismus. Wir brauchen Vermittlung und Diplomatie, friedenssichernde Massnahmen, vielleicht auch Friedenstruppen.

Zu allen diesen Dingen ist die Initiative ein guter Start, ein wohl durchdachter Beginn. Bei ihr geht es nicht nur um das Umverteilen von Geld, sondern vielmehr auch um ein Umdenken. Wenn du den Frieden willst, bereite nicht den Krieg vor! Denn dann trägst du ihn bereits in deinem Kopf – und wohl auch in deinem Herzen. Nein, wenn du den Frieden willst, dann schaffe ihn und verhindere den Krieg!

Gross Andreas (S, ZH): Ich möchte Ihnen ganz offen sagen, dass es mir nicht leicht fällt, zur Umverteilungs-Initiative zu sprechen, nicht weil die Initiative die schweizerische Sicherheitspolitik unglaublich machen würde, ganz im Gegenteil. Es ist auch nicht so, wie es z. B. Herr Weigelt oder Herr Freund gesagt haben; aber es ist schwierig, mit ihnen zu diskutieren, wenn sie jetzt nicht da sind. Herr Freund, sind Sie sich bewusst, dass die Schweiz nicht keine oder nicht einmal eine besonders kleine Armee mehr hat, wenn wir dieser Initiative folgen, sondern dass sie genau im europäischen Durchschnitt liegen würde? Die Schweiz hätte z. B. eine grössere Armee als Italien, eine etwas kleinere als Deutschland; aber wenn Sie dann sagen, diese Länder seien in der Nato, dann können wir Ihnen entgegen, die Schweiz hätte immer noch eine grössere Armee als Finnland oder Österreich. Es stimmt also nicht, dass wir mit dieser Initiative die Landesverteidigung – richtiger die Sicherheitspolitik – in Frage stellen würden.

Die ganz grundsätzliche Überlegung, dass man Sicherheitspolitik nicht über das Geld definieren kann, hat dazu geführt, dass ich mit dieser Initiative immer schon Mühe hatte. Sicherheits- und Friedenspolitik müssen sozusagen aus der Sache heraus überzeugen, für das Überzeugende muss dann das nötige Geld bereitgestellt werden. Deshalb habe ich die Initiative nicht unterschrieben. Aber weshalb befürworte ich sie hier und bitte Sie, ihr auch zuzustimmen?

Diese Initiative ist das Signal dafür, dass in der Sicherheitspolitik umgebaut werden muss. Wenn die Lebenschancen anderer Menschen so schlecht entwickelt sind, dass sie sich für ihre Sache nicht mehr anders wehren können als durch die Bedrohung anderer Menschen, dann stellt dies für uns alle eine Bedrohung dar. Das ist der rote Faden des sicherheitspolitischen Berichtes: Nur wenn alle Menschen auf diesem Kontinent – das sind auch Ukrainer, Russen, Rumänen – sich sicher fühlen und ökonomisch und sozial über eine Grundsicherheit verfügen, über eine «Grundlebenschance», nur dann können auch wir uns sicher fühlen. Hier trägt die Initiative dazu bei, zu sehen, dass im Interesse des Kontinents Investitionen, die im ökonomischen und sozialen Bereich getätigt werden, ungleich mehr Sicherheit schaffen und zum Frieden beitragen können als solche, die nach wie vor ins Militär, in die alte Form von Sicherheitspolitik, fliesen.

Lassen Sie mich an einem Beispiel zeigen, wie viel Geld heute in Europa nötig wäre – das heute fehlt, weil Europa immer noch zu viel ins Militär investiert. Sie wissen: Deutschland hat in den letzten zehn Jahren für 17 Millionen ehemalige Bürgerinnen und Bürger der DDR 10 Milliarden Mark ausgegeben, also jedes Jahr eine ganze Milliarde Mark für die ökonomische und soziale Entwicklung derjenigen 17 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, die früher, im alten Osteuropa, zu den Bessergestellten gehört haben.

Wenn Sie sich in Erinnerung rufen, dass es heute in Mittel- und Osteuropa 340 Millionen Europäer gibt, denen es schlechter geht als den 17 Millionen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern früher, dann können Sie ermessen – 20 mal 17 Milliarden –, was für ein Kapitalbedarf in den nächsten zehn Jahren besteht, um diesen Menschen ähnliche Lebenschancen zu eröffnen, wie Deutschland sie heute den ehemaligen Ostdeutschen ermöglicht!

Das gibt 340 Milliarden Mark, Herr Ogi, und dieses Geld fehlt heute. Dieses Geld können wir nur zusammenbringen, wenn jeder Staat einen Teil seiner Militärausgaben in friedens- und sozialpolitische Entwicklungen umlenkt.

Sie wissen nicht, dass z. B. die Hälfte aller Russen unterhalb der Armutsgrenze lebt. Oder wissen Sie, dass ein Professor in der Ukraine einen Monatslohn von 30 Dollar hat und dass die übliche Altersrente in der Ukraine 12 Dollar pro Monat beträgt? Das sind Beträge, die diesen Menschen das Leben nicht sichern. Der Krieg heute in Russland hat möglicherweise sehr viel mit diesem Elend zu tun, weil die Machthaber vor den Wahlen von dieser Misere ablenken wollen. Dass sie mit dem Krieg die Misere natürlich verstärken, ist klar, aber dieses Wissen hilft uns nicht.

Diese Ungerechtigkeit, diese grundsätzlich falsch verteilten Lebenschancen – etwa die Tatsache, dass die Lebenserwartung in Albanien, in Rumänien 30 Jahre geringer ist als diejenige, die wir in Anspruch nehmen –, das ist Gewalt; sie mindert die Lebenschancen der anderen. Diese Gewalt wird sich rächen und gegen uns wenden, wenn wir sie nicht rechtzeitig entschärfen.

Das können wir nicht tun, indem wir das vorbereiten, was wir nicht überleben würden, sondern das können wir tun, indem wir mit Geld, das bisher fürs Militär reserviert war, zur europäischen Anstrengung beitragen, allen Europäern eine Grundsicherheit zu ermöglichen, welche die Voraussetzung für Frieden und Sicherheit auf diesem Kontinent ist.

Heim Alex (C, SO): Eigentlich hätte diese Volksinitiative zusammen mit dem sicherheitspolitischen Bericht 2000 diskutiert werden sollen. Der sicherheitspolitische Bericht 2000 und diese Initiative haben nämlich miteinander zu tun. Die Prioritäten, welche sich das VBS gesetzt hat, müssten wohl drastisch geändert werden, falls diese Initiative angenommen würde.

Für einmal geht es nicht in erster Linie ums Sparen. Die Schweiz gibt nämlich mit oder ohne Initiative Geld aus. Aber das bei der Armee eingesparte Geld würde grösstenteils einfach anderweitig ausgegeben. Ein Drittel würde beispielsweise im Ausland für die Konfliktverhütung, für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten, für die Abrüstung usw. ausgegeben. Niemand aber sagt, wie das zu geschehen hat. Bezahlte die Schweiz z. B., wenn andere Länder ihre längst veralteten Waffen verschrotten? Das wird ja bekanntlich immer als Abrüstung angepriesen. Oder bezahlt die Schweiz künftig, wenn zwei Länder ihren Streit beilegen, also wenn z. B. Israel und Syrien Frieden schliessen? Oder schüttet die Schweiz einen Preis aus, ähnlich dem Friedensnobelpreis, wenn eine Person oder eine Organisation einen Konflikt verhindert hat? Das alles wäre mit Absatz 3 des Initiativtextes möglich. Das ist alles gut und recht, für mich aber zu wenig durchdacht.

Entscheidend aber, warum ich gegen diese Initiative bin, ist ein anderer Grund: Der Betrag, der bei dieser Initiative eingespart wird, wird grösstenteils wieder ausgegeben. Der Betrag, der ausgegeben werden darf, wird in der Verfassung festgeschrieben. Eine spätere Erhöhung der Militärausgaben würde demzufolge wiederum eine Verfassungsänderung, also eine Zustimmung von Volk und Ständen, bedingen. Es glaubt wohl niemand daran, dass die internationale Lage um unser Land herum für immer so friedlich und entspannt bleiben wird, wie sie es im Moment ist. Es kommt einer Gemeinde auch nicht in den Sinn, z. B. die Ausgaben für die Feuerwehr um die Hälfte zu kürzen, wenn es im Dorf seit zehn Jahren nicht mehr gebrannt hat. Wenn es dann wieder einmal brennt, müsste ein solches Dorf wohl

zuerst eine Abstimmung durchführen, um für die Feuerwehr wieder neueres, moderneres Material einkaufen zu können. Vielleicht haben die Initiantinnen und Initianten aber eine ganz andere Absicht mit dieser Initiative: Wenn nämlich für die Armee nur noch die Hälfte zur Verfügung steht, so lässt sich mit diesem Rest, mit der anderen Hälfte, nichts Sinnvolles mehr machen. Man kann dann getrost auf etwas so Sinnloses auch ganz verzichten. Das wird wohl der nächste Schritt sein. Dazu wollen wir es nicht kommen lassen.

Das VBS hat zur Sanierung der Bundesfinanzen einen grossen Beitrag geleistet. Mit dieser Initiative aber wird geradezu zementiert, dass man zwar spart, dieses Geld aber grösstenteils anderweitig sofort wieder ausgeben muss.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Fehr Jacqueline (S, ZH): Wer Militärausgaben kürzt und Massenheere verkleinert, zerstört auch Arbeitsplätze. In der Schweiz ging die Zahl der militärabhängigen Arbeitsplätze zwischen 1990 und 1998 von über 40 000 auf rund 26 000 zurück. Dieser massive Rückgang war eine Folge verschiedener militärpolitischer Entscheide und Entwicklungen wie «Armee 95», rückläufiger Kriegsmaterialexporte und vermehrter Auslandsbeschaffungen.

Etwas seltsam, aber offensichtlich immer noch beliebt ist die Begründung, den Rückgang der Arbeitsplätze hätten die militärkritischen Kreise oder gar die Friedensbewegung zu verantworten. Das ist etwa gleich abstrus, wie wenn man behaupten würde, für die Verschlechterung der Luft sei der öffentliche Verkehr verantwortlich, weil er durch sein attraktives Angebot die Lust am Herumfahren vergrössert habe.

In Zeiten des kalten Krieges und vor dem Hintergrund wenig reflektierter schweizerischer Mythen wurde eine völlig überdimensionierte Schweizer Armee aufgebaut. Jetzt, wo der kalte Krieg zu Ende ist und auch die historischen Fakten etwas nüchterner betrachtet werden, geht es darum, diese Armee geordnet zu verkleinern. Dass die Verantwortlichen bei dieser Aufgabe nicht gerade in Begeisterungstürme ausbrechen, kann ich ja noch nachvollziehen. Ich wehre mich aber dagegen, dass sie sich dabei aus der Verantwortung stehlen.

Als 1992 der Historiker und Militärexperte Peter Hug und der Ökonom Ruedi Meier in einer Studie darstellten, wie viele Arbeitsplätze die «Armee 95» kosten würde, bezweifelte das damalige EMD die Zahlen. Heute wissen wir, dass der Abbau noch viel massiver ausgefallen ist, als die Studie vorausgesagt hatte. Nur – das ist der entscheidende Punkt – hat sich das VBS damit begnügt, diese Entwicklung zu beklagen. Die konkreten Vorschläge zur Rüstungskonversion aber, die unter anderem die Gewerkschaften Smuv und VPOD vorgelegt hatten, wurden nie ernsthaft diskutiert.

Die Vernichtung der Arbeitsplätze wird in der Debatte um die Zukunft der Armee als Killerargument gegen den geforderten Abbau beim Militär eingesetzt. Statt das Problem zu lösen, versucht man, es medial und öffentlichkeitswirksam wachsen zu lassen, mit der zynischen Konsequenz, dass tatsächlich Tausende von Familien ganz persönlich für die Reformen im Militär bezahlen müssen. Rüstungskonversion, das heisst die Umwandlung von militärischen in zivile Arbeitsplätze, ist schwierig, aber möglich. Neben dem VBS sind vorab die kantonalen Volkswirtschaftsdepartemente und Wirtschaftsförderungen dazu aufgerufen, den Umbauprozess einzuleiten, denn Konversion fällt nicht vom Himmel und ist kein Geschenk des Gottes «Markt». Konversion bedingt einen politischen Willen und die entsprechenden nötigen Mittel. Deshalb fordert die Umverteilungs-Initiative einen Konversionsfonds von einer Milliarde Franken, mit dem diese Umwandlung unterstützt werden soll. Mit diesem Geld kann eine regionale und zum Teil nationale Industriepolitik ausgelöst werden, die nicht nur den einzelnen Menschen Perspektiven bietet, sondern auch der Volkswirtschaft als Ganzes wichtige Impulse gibt.

Die Umwelt- und Energietechnologien, aber auch die Kommunikations- und Informationstechnik bergen ein bedeutendes und nach wie vor viel zu wenig genutztes Potential. Doch um

dieses zu nutzen, braucht es gezielte Investitionen vonseiten des Staates in den betroffenen Regionen. Mit dem Konversionsfonds sollen deshalb Umschulungen, Weiterbildungen unterstützt, Massnahmen zur Förderung von Unternehmensgründungen eingeleitet, Überbrückungskredite für Zulieferbetriebe gewährt und die regionalen Absatzmärkte gestärkt werden. Nur wer keine Konversionspolitik macht, hat keinen Erfolg.

Ausgelöst wurde die Vernichtung der Militärarbeitsplätze durch die militärischen Reformen, dies entsprechend dem politischen Willen der Mehrheit in diesem Lande. Verantwortlich für die ersatzlose Vernichtung der Militärarbeitsplätze sind aber diejenigen bürgerlichen Kreise, die es bis heute nicht für nötig befunden haben, mit einer intelligenten Konversionspolitik die Umwandlung militärischer in zivile Arbeitsplätze zu unterstützen. Deshalb ist auch für die betroffenen Regionen die Umverteilungs-Initiative quasi die letzte Chance, denn nur die Umverteilungs-Initiative mit ihrem Konversionsfonds bietet den Menschen in den Regionen eine tatsächliche Perspektive. Rüstungskonversion ist dann keine noble Tat mehr, sondern eine Pflicht.

Cavalli Franco (S, TI): Ich beginne auch mit einem Spruch, den Sie schon gehört haben: «Si vis pacem, para bellum», «willst du den Frieden, bereite dich auf den Krieg vor.» Diesen Satz haben wir in den letzten Jahrzehnten immer wieder gehört, er wurde uns immer wieder vorgehalten.

Aber genauso wenig wie wir heute in der modernen Medizin die Probleme mit dem hippokratischen Eid lösen können, der vor 3000 Jahren erfunden wurde, genauso wenig können wir in der Friedenspolitik Probleme mit einem lateinischen Spruch lösen, der auch vor ungefähr 3000 Jahren erfunden worden ist. Das sollten die Leute hier langsam begreifen. Aber nicht alle haben begriffen, dass dieser Grundsatz in einer globalisierten Welt absolut nicht mehr stimmt. Wer glaubt, dass dieser Grundsatz in einer globalisierten Welt noch stimmt, hat entweder nicht verstanden, was los ist und was eine moderne Gesellschaft ist, oder er besitzt Aktien im militärisch-industriellen Komplex. Ich meine sogar, dass heute immer klarer wird, dass das Gegenteil richtig ist. Das heisst, dass man den Frieden nur mit friedlichen Mitteln vorbereiten kann und die Probleme jedes Mal, wenn man den Einsatz von kriegerischen Mitteln vorbereitet, nur verschlimmert.

Schauen wir die jetzigen Beispiele an: Kosovo: Es wird immer klarer, dass dieser Krieg nicht nur die Lage verschlimmert hat, sondern dass dieser Krieg hätte vermieden werden können, hätte man die vorhandenen zivilen Beobachter nicht zurückgezogen, sondern verzehnfacht. Alle ehrlichen Beobachter geben das heute mehr oder weniger zu.

Tschetschenien: So lange man auf zivile Beobachter gesetzt hat, hatte man das Problem mehr oder weniger im Griff. Jetzt haben wir ein furchtbares Blutbad. Es stört mich schon etwas, dass man heute in der rechten Ecke laut geschrien hat, die frühere Sowjetunion habe dieses Blutbad angerichtet – und nun muss ich in der internationalen Presse lesen, dass führende schweizerische bürgerliche Politiker im Europarat die Verurteilung des jetzigen Russlands mindestens deutlich gebremst haben. Man müsste mindestens eine gewisse moralische Konsequenz in diesen Angelegenheiten haben.

Diese Initiative gibt uns in vielerlei Hinsicht eine Chance: Sie gibt uns eine Chance, endlich eine Armee zu haben, die mit derjenigen der benachbarten Länder vergleichbar ist; sie gibt uns eine Chance, durch die Ersparnisse, die entstünden, einen sehr grossen Beitrag zur Erhaltung unseres Sozialstaates zu geben; sie gibt uns eine Chance, Mittel für eine vernünftige wirtschaftliche Konversionspolitik freizusetzen; sie gibt uns eine Chance, um unseren Leuten in der Schweiz endlich klar zu zeigen, dass der kalte Krieg vorbei ist. Ergreifen wir diese Chance, und verpassen wir sie nicht!

Beck Serge (L, VD): Il ne suffit pas de répéter, tous les cinq à dix ans, une chose fausse, même avec 100 000 citoyens de ce pays, pour qu'elle devienne vraie. Il n'y a pas

plus dangereux, pour la paix et la sécurité des populations, que le pacifisme primaire qui postule le démantèlement des armées. Selon la technique habituelle de grignotage de la gauche, c'est bien ce but qui est visé.

Les changements géostratégiques des dernières années impliquent une remise en question de notre armée. Cette démarche est en cours. Les chiffres du budget et l'évolution du poste de la défense nationale, au cours des dernières années, sont là pour le prouver. La gauche nous présente une théorie qui, de prime abord, est séduisante: nous avons entendu tout à l'heure Mme Haering nous rappeler la diminution d'un tiers des dépenses militaires au cours des dix ou quinze dernières années, dans les pays occidentaux. Mme Haering a oublié de nous rappeler en parallèle le développement, la multiplication des génocides dans des conflits régionaux. On nous a également rappelé la stratégie internationale de l'ONU: nous avons vu ses limites en ex-Yougoslavie, au Rwanda, en Somalie, et l'on pourrait ainsi multiplier les exemples.

La gauche nous parle aussi de coupure entre la société civile et la société militaire, comme si notre pays était un Janus. Le système d'armée de milice que nous connaissons assure – et j'espère que cette assurance pourra être maintenue à l'avenir – la symbiose entre le peuple et l'armée. Et il n'y a pas, dans ce pays, de société civile et de société militaire.

On nous a également parlé de dépenses militaires grotesquement élevées. Rappelons que l'armée est une forme d'assurance et que dans ce domaine-là, comme dans celui des assurances sociales, nous ne pouvons pas pratiquer la politique de l'autruche préconisée par la gauche et dire: «Il n'y a pas eu de sinistres au cours des dernières années, résilions la police.»

Quant à ceux qui veulent faire dépendre d'un consensus concernant la défense le port de l'arme pour les contingents de militaires engagés au service de la paix à l'étranger, nous pouvons mesurer là la frilosité de leur volonté d'engagement de soldats suisses au service de la paix.

La défense nationale est un élément fondateur de la politique de la paix. Pendant que nous menons un débat de nantis ou de spécialistes de salon – et j'invite Mme Hollenstein à aller au bout de son raisonnement et je rejoins M. Gross –, nous laissons perpétrer des massacres inadmissibles, même en Europe, à Srebrenica par exemple. Je rejoins M. Gross pour penser que l'écart des niveaux de vie est sans doute la menace la plus importante sur la sécurité. Cependant, nous le savons, cet écart ne pourra être réduit que par une remise en question de nos niveaux de vie, et là nous avons vu lors du débat sur les mesures d'accompagnement aux accords bilatéraux quelle est la frilosité de la même gauche à la moindre remise en question de ce niveau de vie.

Mais je vous invite, surtout au-delà des considérations économiques, à une réflexion morale. La plupart d'entre nous sont nés après la guerre et ont vécu dans la génération du «jamais plus» après la découverte des horreurs de la barbarie nazie. Voulons-nous être la génération de l'escroquerie morale qui répète: «Jamais plus!» et qui, au-delà de la théorie intellectuelle politiquement correcte, assiste égoïstement, à distance, à la répétition des génocides? Cette vertu-là, nous n'en voulons pas et nous avons à assumer solidairement avec la communauté internationale notre part pour le maintien de la paix qui postule le maintien d'un instrument de défense souple et performant, et donc l'engagement de moyens financiers qui permettent d'avoir cet instrument.

C'est la raison pour laquelle je ne peux que vous inviter à adhérer au projet du Conseil fédéral et à proposer au peuple de rejeter cette initiative populaire sans contre-projet, de manière à ce que nous ne soyons pas la génération de l'escroquerie morale.

Aeppli Wartmann Regine (S, ZH): Gestern haben wir beschlossen, der Genozid-Konvention beizutreten, morgen werden wir mit der Flüchtlingspolitik der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs konfrontiert werden. Zwischen beiden Geschehnissen liegt ein weiter Weg – zeitlich umge-

kehrt natürlich. Dieser Weg verlief keineswegs gerade, und da, wo wir heute stehen, ist die Aussicht nicht besonders gut. Immerhin hat uns dieser Weg verschiedene Erkenntnisse beschert:

Die erste Erkenntnis ist die, dass sich die gewalttätige und grausame Verfolgung und Vernichtung von Menschen aus rassistischen, religiösen oder nationalistischen Motiven auch nach dem Zweiten Weltkrieg wiederholt hat, trotz des «Nie wieder!», das sich die Welt nach dem Völkermord an den Juden vorgenommen hatte.

Die zweite Erkenntnis ist die, dass sich Zusammenhalt und friedliches Zusammenleben nicht mit militärischen Mitteln erzwingen lassen, auch nicht im eigenen Land.

Die dritte Erkenntnis: Die Trennlinie zwischen militärischer Selbstbehauptung und politischer Unabhängigkeit ist unscharf geworden. Die politische, wirtschaftliche und humanitäre Hilfe, die wir exportieren, hilft auch uns. In einer Welt der durchlässigen Grenzen und der unbeschränkten Mobilität sind Wälle und Wassergräben um das eigenen Revier ein unbehilfliches Mittel zur Bewahrung der Werte und der Traditionen, mit denen wir uns identifizieren.

Nachdem die Blöcke der Nachkriegszeit abgetaut sind, ist auch die Absteckung oder die «Pax atomica» kein wirksames Friedensszenario mehr. Heute sind es – auf eine prägnante Formel gebracht – die Aussichten auf den Bürgerkrieg, die das Zusammenleben in Frieden und Sicherheit gefährden. Hans Magnus Enzensberger hat 1993 einen Essay unter diesem Titel veröffentlicht. Darin schreibt er unter anderem: «Die wirre Realität sprengt nicht nur die formalen Definitionen der Juristen, auch die Planspiele der Generäle versagen vor einer neuen Weltordnung. Alte anthropologische Fragen stellen sich in dieser Lage neu. Was ist sonderbarer: Leute umzubringen, die man kennt, oder einen Gegner zu vernichten, von dem man keine Ahnung hat, womöglich nicht einmal eine falsche?»

Ich kann diese Frage nicht beantworten, ich kann bloss sagen: Nicht nur das Töten der Nachbarn hinterlässt Spuren; auch wenn man einem gänzlich unbekannten Feind ausgeliefert ist, der sein mehr oder weniger sauberes Zerstörungswerk aus der Luft verrichtet, traumatisiert und prägt dies Generationen von Menschen.

Kürzlich war ich in meiner Funktion als Präsidentin eines Hilfswerks in Kosovo. Der gegenseitige kollektive Hass zwischen Tätern und Opfern – die Rollen haben sich inzwischen vermischt – ist abgrundtief. Nicht, dass er erst im Krieg ausgebrochen wäre, nein; der Krieg hat ihn aber vertieft. Ich war kürzlich auch an einer Tagung von Serben, die in der Schweiz leben und über die politische Zukunft ihres Herkunftslandes diskutierten. Der gleiche Befund: Hass und Vorurteile, so weit das Auge reicht.

Ich habe keinen Anlass, das derzeitige Engagement der Schweiz auf dem Balkan zu kritisieren; es ist unter allen Aspekten erheblich. Aber die Frage, ob sich die kriegerischen Auseinandersetzungen mit all ihren Folgen mit anderen Mitteln und mit mehr Einsatz für eine integrierendere politische Entwicklung nicht hätte vermeiden lassen, treibt mich weiterhin um. Dieses Beispiel ist nur eines von vielen. Es zeigt, wie grundsätzlich unsere Sicherheitspolitik einer Revision bedarf.

Die Umverteilungs-Initiative allein vermag diesen Ansprüchen nicht zu genügen. Um so komplexe Frage auf dem Wege einer Verfassungsrevision zu lösen, bedarf es umfassender konzeptioneller Reflexion und Neuausrichtung. Die Studienkommission Brunner hat hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet, und das VBS hat sich auch bewegt.

Die Umverteilungs-Initiative ist damit aber nicht überflüssig geworden. Sie zeigt die Zusammenhänge zwischen sozialpolitischen, entwicklungspolitischen und sicherheitspolitischen Massnahmen auf und verlangt eine konsequente Umsetzung dieser Erkenntnisse. Sie weist in die richtige Richtung. Als Präsidentin eines Hilfswerkes weiss ich sehr gut, wie wichtig Investitionen in Bildung und in den Aufbau demokratischer Strukturen sind, um ein Mindestmass an gesellschaftlichem Ausgleich und Gerechtigkeit zu gewährleisten und den Ausbruch von Gewalt zu verhindern. Gleich-

zeitig weiss ich aber auch, wie unbeschreiblich aufwändig der Wiederaufbau zerstörter Strukturen und die Rehabilitation traumatisierter Menschen sind.

Die Umverteilungs-Initiative gibt uns die Mittel für eine konsequente Friedenspolitik in die Hand. Gleichzeitig setzt sie Mittel frei für eine sozialere Innenpolitik.

Ich bitte Sie, die Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Baumann J. Alexander (V, TG): Es ist bereits sehr viel über die Ziele und Chancen dieser Initiative ausgeführt worden. Eines ist aber sicher: Es wäre Sand in die Augen des Stimmbolkes gestreut, würde man ihm vorgaukeln, eine halbierte Armee sei zu den halben Kosten zu haben; diese Rechnung kann mit Sicherheit nicht aufgehen. Damit wird die Umverteilungs-Initiative der Sozialisten – auch wenn dies nie offen zugestanden wird – zur direkten Nachfolgerin der Armeeabschaffungs-Initiative der GSoA.

Im Jahre 10 nach dem Mauerfall, im Jahr des Aggressionskriegs der Nato gegen Serbien zum Schutz humanitärer Ziele, des Ausbaubeschlusses der EU in Bezug auf die Westeuropäische Union (WEU), im Jahr, in dem der amerikanische Präsident die Hauptstadt des Nato-Staates Griechenland nur unter rigorosesten polizeilichen Sicherheitsmassnahmen gegen kommunistisch orientierte Randalierer besuchen kann, im Jahr auch, in dem die Geschicke der Schweizer Armee allem Anschein nach nicht mehr vom militärischen Chef, sondern von mehr oder weniger glückhaften Public-Relations-Experten gelenkt werden, im Jahr, in dem der letzte aus dem Milizkader aufgestiegene Korpskommandant in den Ruhestand geschickt wird – oder des Alters wegen zurücktritt –, im Jahr des Völkermordes Russlands in Tschetschenien ist es geboten, für die Schweizer Armee die zentrale Sinnfrage zu stellen.

Ich hoffe, dass wir nicht jedes Jahr mit einem Lawinenwinter, nicht jeden Frühsommer mit einer Hochwassersituation, nicht andauernd mit Asylbewerberströmen, deren Betreuung zivil offenbar nicht sichergestellt werden kann, nicht ständig mit einer akuten Bedrohung der Sicherheit diplomatischer Niederlassungen in unserem Land rechnen müssen. Diese Situationen, zu deren Bewältigung die Armee äusserst wertvolle Dienste geleistet hat, liessen sich allesamt und insgesamt wohl nicht viel weniger gut auch durch zivile Organisationen meistern.

Auch mit den bereits umgesetzten und den geplanten Auslandseinsätzen wird die Existenznotwendigkeit der Schweizer Armee nicht zu rechtfertigen sein; auch da wird keine befriedigende Antwort auf die zu stellende Sinnfrage zu finden sein.

Wenn wir die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger davon überzeugen wollen, dass sie die Umverteilungs-Initiative ablehnen sollen, mit der für die Armee de facto einmal mehr die Existenzfrage gestellt wird, dann wird es notwendig sein, dem Volk darzulegen, dass wir eine eigene Armee primär für die Sicherheit unseres eigenen Landes brauchen. Wie es sich immer wieder gezeigt hat, benötigt jeder geographische Raum eine organisierte Kraft, die dort die Sicherheit gewährleistet. Fehlt eine solche Kraft, so gibt es dort sofort ein sicherheitsmässiges Vakuum, das Anreize dafür bietet, dass eine oder mehrere Kräfte sich bemühen, diesen Raum unter ihre eigene Kontrolle zu bringen. In unserem Land – wie natürlich auch in vielen anderen Staaten – haben wir eine eigene organisierte Kraft, die die beschriebene Aufgabe wahrnimmt und zudem das Privileg hat, demokratisch legitimiert zu sein.

Der Raum Schweiz, insbesondere mit seinen Nord-Süd-Achsen, ist von gesamteuropäischem Interesse, und im Rahmen einer gesamteuropäischen Sicherheitskonzeption ist es unser natürlicher Auftrag, erteilt von der Geographie, die Sicherheit in diesem Raum zu gewährleisten und hier kein Vakuum entstehen zu lassen. Das ist unser Anteil an der gesamteuropäischen Verantwortung.

Dieses Bewusstsein ist in der Bevölkerung breit aufzubauen und zu befestigen. Wenn wir wollen, dass uns die Stimmbürgerschaft hilft, die Existenzfrage für die Armee positiv zu beantworten, müssen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern

wieder begreiflich machen, dass die Kernaufgaben einer Armee hier begründet sind, und nicht in irgendwie gearteten Einsätzen in Kriegsgebieten im nahen oder fernen Ausland. Wir sollten uns bewusst werden, dass die «Diamant»-Veteranen in zunehmender Zahl definitiv ins Glied zurückgetreten sein werden und dass eine Mobilisierung der bewährten Wachtmeister und Schützen, wie wir dies in der Frage der Flugzeugbeschaffung auf dem Bundesplatz erleben durften, heute infolge schwindender Identifikation mit der Armee aufgrund der neuartigen Modeerscheinungen in deren Verständnisbild kaum mehr denkbar ist. Wenn wir zudem den Angehörigen einer jungen Elite künftig den Weg verbauen, weiterhin als Milizoffiziere auch anspruchsvolle Aufgaben und eine hohe Verantwortung zu übernehmen, so dürfen wir uns über eine schwindende Bereitschaft aus diesen Reihen, gegen die vorliegende Initiative anzutreten, weil diese die Existenz unserer Armee in Frage stellt, nicht wundern. Hier sind in allernächster Zeit von den Verantwortlichen deutliche Zeichen zu setzen, wenn wir nicht riskieren wollen, dass die verführerischen Schälmeien der Initianten das Volk auf einen falschen Weg führen.

Fässler Hildegard (S, SG): Das Departement von Herrn Ogi hat ja seit einiger Zeit das Kürzel VBS. Ich gebe offen zu, dass mir daran das S für Sport am besten gefällt. Im B für Bevölkerungsschutz ist auch ein S enthalten, ein S für Sicherheit der Bevölkerung. Hier setzt die Initiative an. Sie setzt andere Prioritäten, was Sicherheit – Sicherheit der Bevölkerung, soziale Sicherheit – heisst, als dies die Doktrin des VBS tut. Sicherheit beinhaltet auch finanzielle Sicherheit. Die Schwarzmalerei der letzten Monate und Jahre bezüglich Bundesfinanzen trägt wenig zum Gefühl der finanziellen Sicherheit bei, im Gegenteil. Denn auf düstere Prognosen und Voranschläge folgten wesentlich bessere Rechnungen, letztes Jahr sogar mit positivem Ergebnis. Auch das Jahr 1999 wird in Bezug auf die Bundesfinanzen besser enden als prognostiziert. Trotzdem wird weiter in Pessimismus gemacht.

Mit Zahlen und Statistiken lässt sich trefflich streiten. So ist es ein Irrtum, mit Reduktionsquoten von 28 oder 44 Prozent ein Einfrieren des Abbaues begründen zu wollen. Geht man nämlich von einem viel zu hohen Betrag aus, und das war beim Militärbudget 1987 ganz klar der Fall, so kann man sehr gut einen Drittel oder mehr streichen, ohne unter eine existenzielle Grenze zu fallen. Übrigens, Herr Engelberger und Herr Föhn, ich habe noch eine andere Prozentzahl für Ihr Notizbüchlein: In den Jahren 1987 bis 1996 gingen die Militärausgaben weltweit um 33 Prozent zurück, jene der Schweiz um 7 Prozent, im Vergleich zum weltweiten Abbau also nur um ein Viertel.

Was will die Initiative nun im finanziellen Bereich? Sie bringt neben anderen, von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern erläuterten volkswirtschaftlich positiven Effekten auch einen rechten «Batzen» in der Grössenordnung von 600 Millionen Franken in die Bundeskasse zurück, mit dem für die soziale wie finanzielle Sicherheit viel mehr getan werden kann als mit ein paar Starts von F/A-18. Allein dieser Aspekt zeigt, Herr Engelberger, dass Ihr Attribut, ja Ihre Abqualifizierung mit dem Etikett «völlig undifferenziert» weit neben der Realität liegt.

Sagen Sie nein zum Antrag der Kommissionsmehrheit und damit ja zur Initiative.

Gonseth Ruth (G, BL): Noch nie gab es so viele Kriege, noch nie gab es so viel durch den Menschen verursachte Umweltzerstörung wie im ausgehenden 20. Jahrhundert. Da stellt sich die Frage: Ist der Mensch – oder besser, ist der Mann – eigentlich lernfähig? Denn ohne Zweifel führt bis heute der weit gehende Ausschluss von Frauen in entsprechenden Entscheidungspositionen zu einer bedürfnisfremden Verzerrung der Sicherheits- und Friedenskonzepte. Bei den heutigen Einsätzen von Armeen geht es längst nicht mehr darum, die Bevölkerung zu schützen; das zeigt sich in den aktuellen Krisenherden überdeutlich. Im Gegenteil: Die Zivilbevölkerung, die Frauen und Kinder, werden von diesen

Einsätzen immer brutaler betroffen. Im globalisierten Konkurrenzkampf um militärische Macht, um Geld, um Standorte wird es immer schwieriger, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen der einfachen Bevölkerung zu schützen. Immer neue Teufelskreise entstehen, welche existenzbedrohende Armut, weitere Gefährdung der ökologischen Lebensgrundlagen, neue Migrationsströme auslösen und den Frieden bedrohen.

Vor uns liegt ein neues Jahrhundert. Deshalb sollten wir gerade heute die Chance packen, die Weichen in eine andere Richtung zu stellen. Seien wir endlich lernfähig, meine Herren, und führen diese absurde Spirale des 20. Jahrhunderts im nächsten Jahrhundert nicht fort! Haben wir den Mut, eine andere Zukunft zu wagen! Reduzieren wir die horrenden Militärausgaben und investieren endlich in sinnvollere, nachhaltige Projekte zum Nutzen der Zivilbevölkerungen!

Das schleckt keine Geiss weg: Unsere Schweizer Armee hat ihre Legitimation und ihren Sinn verloren. Krampfhaft sucht sie unter dem Stichwort Multifunktionalität neue Felder der Daseinsberechtigung, übernimmt einerseits zivile Aufgaben und sucht andererseits neue Betätigungsfelder durch bewaffnete Auslandseinsätze im Euromilitarismus.

Ich werde den Eindruck nicht los, dass die Schweizer Armee die teuren Anschaffungen nur noch legitimieren kann, indem sie diese Geräte endlich wieder einmal zum Einsatz bringen darf.

Ich gebe Herrn Baumann Alexander Recht, wenn er sagt, es sei immer wieder nötig, die Frage nach dem Sinn auch bezüglich der Armee zu stellen.

Das haben die Initianten getan, und ich sehe in dieser Volksinitiative die Chance, den längst fälligen, notwendigen Wechsel herbeizuführen. Der vorgeschlagene Wechsel ist erst noch ein sehr sanfter Wechsel. Ich setze mich dafür ein, dass sich unsere schweizerischen Friedensbemühungen nicht auf die Armee konzentrieren, sondern unsere Anstrengungen und Mittel für eine wirksame und moderne Politik der gewaltfreien Konfliktbearbeitung, für Krisenprävention, für den aktiven Einsatz für die Menschenrechte, für die Angleichung der Lebenschancen aller Völker und die Bewahrung und Wiederherstellung des globalen ökologischen Gleichgewichtes eingesetzt werden.

Auf die Schweiz warten also enorm viele wichtige Aufgaben, die einerseits nur ohne Waffen, ohne Militär gelöst werden können, andererseits aber viel Geld kosten.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, die Umverteilungs-Initiative zu unterstützen.

Leu Josef (C, LU): Wir haben es heute bereits mehrmals gehört: Bei der Umverteilungs-Initiative handelt es sich um eine Neuauflage der 1995 vom Parlament für ungültig erklärten «Halbierungs-Initiative». Zu den Hauptzielen der Initiative zählen unter anderem die Verstärkung der internationalen Friedenspolitik sowie die Konversion von betroffenen Betrieben und Arbeitsplätzen. Ich beschränke mich im Folgenden auf einige Überlegungen zur Forderung der vermehrten Friedensförderung.

Die Mitglieder des Initiativkomitees müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, von den bisherigen Aktivitäten des Bundes im Bereich der Friedensförderung als Beitrag an die kollektive Sicherheit kaum Kenntnis genommen zu haben. Unser Land nimmt direkt am Aufbau einer europäischen Sicherheitsordnung teil. Unser Land trägt somit in Solidarität zur Stabilität des Kontinents bei – dies auch aus einem berechtigten Eigeninteresse, nämlich zugunsten unserer eigenen Sicherheit. Ich erwähne in diesem Zusammenhang unsere Aktivitäten im Rahmen der OSZE, des Nato-Programmes Partnerschaft für den Frieden und der Uno.

Mit dem Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik und dem International Relations and Security Network stellt die Schweiz der internationalen Gemeinschaft zwei neue Instrumente zur Verfügung, das eine im Bereich der Ausbildung, das andere im Bereich der Verbreitung von nicht klassifizierten Informationen über Sicherheitspolitik auf dem Internet. Ich erinnere auch an unseren Beitrag zur Lösung des weltweiten Pro-

blems der Minen mit der Gründung eines Internationalen Zentrums für humanitäre Minenräumung, welches durch das VBS finanziert wird. Aus sicherheitspolitischen Überlegungen erachtet es die Schweiz als unerlässlich, die Länder Zentral-, Südost- und Osteuropas bei ihren Reformen zu unterstützen, um damit Ursachen von Konfliktpotenzial zu beheben; dies aus der klaren Überzeugung, dass wirtschaftliche Entwicklung eine Voraussetzung für politische Stabilität ist. Ich möchte dies vor allem an die Adresse von Frau Holenstein und Herrn Andreas Gross sagen: Wir leisten unsere Beiträge – aber es kann nicht allein unsere Aufgabe sein, und es kann vor allem nicht darum gehen, dass aus der Vorsorge für unsere eigene Sicherheit ein politischer Steinbruch wird.

Mit der Neuausrichtung der ehemaligen Rüstungsbetriebe in den privatwirtschaftlich geführten und übrigens bereits im ersten Jahr mit schwarzen Zahlen geführten Ruag-Konzern wird aktive und realisierbare Konversionspolitik betrieben. Ich erinnere auch daran, dass die anderen Regiebetriebe des Bundes, die SBB, die Post, einen massiven Personalabbau durchstehen mussten, ohne dass von diesen Betrieben oder für diese Betriebe eine besondere Konversionspolitik gefordert worden wäre.

Zu Frau Fehr Jacqueline möchte ich sagen: Der Umbauprozess läuft schon lange. Die von Ihnen vorgeschlagenen Konversionsinstrumente gehören schon lange zum normalen Instrumentarium der Regional- und Kulturpolitik von Bund und Kantonen.

Die sozialdemokratischen Verteidigungsminister Frankreichs, Deutschlands und Grossbritanniens ziehen aus den jüngsten Erfahrungen andere Konsequenzen zur Gestaltung einer umfassenden Sicherheitspolitik, als es unsere Ratslinke tut. Unsere Ratslinke beschränkt sich nämlich darauf, vom Trockenen und vom Schreibtisch aus internationaler Lehrmeister sein zu wollen.

Ich bitte Sie, diese Umverteilungs-Initiative zur Ablehnung zu empfehlen; sie ist nicht durchdacht und vor allem nicht zu Ende gedacht.

Marti Werner (S, GL): Barbara Haering hat mir den Auftrag erteilt, zu den finanziellen Auswirkungen dieser Volksinitiative zu sprechen. Im Rahmen dieser Auftragsbefreiung gestatte ich mir ein paar Vorbemerkungen.

Bei politischen Auseinandersetzungen ist es manchmal hilfreich, die militärischen Regeln der Lagebeurteilung und Entschlussfassung beizuziehen. Wenn ich nun die Kriterien vor meinem geistigen Auge vorbeiziehen lasse, dann fallen mir bezüglich der Mittel der Gegner zwei Elemente auf. Eines präsentiert sich schon beim Studium der Rednerliste. Wir haben eine Volksinitiative zu behandeln, die ein grosses Gewicht hat und ein Anliegen aufgreift, das unsere Bevölkerung beschäftigt. Die Rednerliste beinhaltet fünfzehn rotgrüne Rednerinnen und Redner und fünf aus den bürgerlichen Regierungsparteien. Daraus schliesse ich, dass die Strategie darin besteht, dass man die Luken schliesst und durchfahren will. Ich will Ihnen sagen, dass das eine relativ gefährliche Strategie ist – dies als Hinweis, vielleicht auch als Hilfe. Ich hätte es lieber gesehen, wenn man sich hier differenzierter mit unserer Initiative auseinandergesetzt hätte.

Wenn ich im Weiteren das Abwehredispositiv auf Ihrer Seite betrachte, stelle ich doch gewisse Widersprüche fest. Ursprünglich bestand das Hauptargument darin, das Militär werde mit dieser Umverteilungs-Initiative zu Tode gespart. Es gab einzelne Referenten, die aus dieser Sicht argumentierten.

Wir haben Ihnen aber mit dem Stabilisierungsprogramm, dem sogenannten «runden Tisch», aufgezeigt, dass diese Umverteilungs-Initiative realisiert werden kann. Jetzt besteht Ihre Strategie neu darin, zu sagen, das Anliegen sei überholt, da schon realisiert. Hier geht Ihre Strategie nicht ganz auf. So weit die Vorbemerkungen.

Zu mir selbst: Ich bin vor zehn Jahren gegen die GSoA-Initiative angetreten mit der Begründung, dass es zu einer Sicherheitspolitik der Schweiz auch einer Armee bedürfe, dass aber die Mittel für diese Sicherheitspolitik effizient ein-

gesetzt werden müssten. Genau diese beiden Fragen werden von der Umverteilungs-Initiative klar und zukunftsgerichtet beantwortet.

Damit komme ich zu den finanzpolitischen Überlegungen: Es ist effizienter, die Mittel für die Friedensförderung und die Konfliktbewältigung einzusetzen. Es ist effizienter, die Unsicherheit im Land mit einer Förderung der sozialen Sicherheit zu beseitigen und gleichzeitig – und das macht unsere Initiative auch – für den militärischen Bereich nicht nur genügend, sondern ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel, die die Umverteilungs-Initiative für den militärischen Bereich vorbehält, sind im internationalen Durchschnitt nach wie vor genügend. Hier werden internationale Standards nicht nur gewahrt, sondern sogar überschritten.

Dazu kommt – und ich denke, das ist für einen Finanzpolitiker ein absolut positiver Nebeneffekt –, dass auch die Staatskasse massiv entlastet wird, zudem wird die Wirtschaft durch diese Umverteilungs-Initiative ebenfalls massiv entlastet; das sollte bei Ihnen – wenn Sie für sich in Anspruch nehmen, die Wirtschaft zu vertreten – doch auch einige Gedanken auslösen.

Die Umverteilungs-Initiative erfordert ein Umdenken, sie hat eine Umstrukturierung zur Folge, und da haben Sie vielfach Mühe: Was haben wir uns um die Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik gestritten! Heute ist anerkannt, dass mit der Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik der richtige Schritt gemacht worden ist. Auch mit der Neuausrichtung der Sicherheitspolitik im Rahmen der Umverteilungs-Initiative wird – davon bin ich überzeugt – der richtige Schritt gemacht.

Deshalb müssen auch Sie der Initiative zustimmen, Herr Bundesrat Ogi, wenn Sie die Sicherheitspolitik neu ausrichten wollen. Sie schaffen damit übrigens auch die Grundlage, um die systemimmanenten Widerstände in der bestehenden Organisation zu überwinden.

Herr Engelberger, wenn Ihnen die Arbeitsplätze in den Rand- und Berggebieten effektiv am Herzen liegen, dann müssen auch Sie dieser Initiative zustimmen, denn die Arbeitsplätze werden nicht wegen uns abgebaut, sondern sie werden wegen der internationalen Konzentration im Waffengeschäft abgebaut. Wir dürfen nicht einfach zusehen; wir müssen für diese Regionen eine Konversionspolitik formulieren und die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen.

Ich ersuche Sie deshalb, der Umverteilungs-Initiative zuzustimmen. Mit Ihrem Ja nehmen Sie drei Wochen vor der Jahrtausendwende endgültig Abschied von der Sicherheitspolitik des kalten Krieges!

Tschuppert Karl (R, LU): Es freut mich ausserordentlich, dass ich als ehemaliger Turner jetzt diesen Stafettenlauf der Linken beenden darf. Ich bedaure es, dass wir über diesen aussichtslosen Ladenhüter der Linken so lange diskutieren müssen. Ich will auch nicht Gesagtes betreffend die Auswirkungen auf unsere Armee bei einer allfälligen Annahme der Volksinitiative wiederholen.

Was mir aber auffällt, ist, dass die Initianten immer noch nicht zur Kenntnis genommen haben, was sich in der Sicherheitspolitik in letzter Zeit verändert hat und was vorbereitet wurde. Sie gehen leider immer noch von einem völlig veralteten und überholten Bild aus: dem kalten Krieg.

Ich frage Sie: Waren Sie beispielsweise schon in Bosnien, in Albanien oder in Kosovo? Haben Sie die fantastische Arbeit unserer Armeeeingehörigen mitverfolgt? Ich glaube kaum.

Es schleckt auch keine Geiss weg – obwohl das verschiedene Redner widerlegen wollten –, dass die Auswirkungen der Initiative verheerende Folgen auf unsere Arbeitsplätze hätten. Was sind das für Gruppierungen, die in der heutigen Zeit so etwas befürworten?

Zuletzt muss ich Ihnen die Frage stellen: Wie wollen Sie ein noch grösseres Engagement der Armee für friedensfördernde Massnahmen erreichen, wenn Sie die Mittel halbieren wollen? Damit sind wir natürlich nicht einverstanden.

Die «Weggli und Batzen»-Politik geht in diesem Bereich nicht auf. Deshalb bitte ich Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Borer Roland (V, SO), für die Kommission: Das meiste ist gesagt worden. Die Debatte heute im Plenum hat eigentlich gegenüber der Debatte in der Kommission keine wesentlichen neueren Faktoren zu Tage gefördert. Gestatten Sie mir aber trotzdem, dass ich noch einmal auf ein paar mir und auch der Kommissionsmehrheit wichtig erscheinende Punkte zurückkomme.

Die Armee befindet sich im Umbau. Es ist nicht so, dass wir die Armee gleich wollen oder gleich gestalten wollen wie in den vergangenen fünfzig, sechzig Jahren. Aber jeder Umbau, wo er auch stattfindet, kostet Geld. Es geht nicht an, dass wir auf der einen Seite eine neue Armee wollen, die andere Aufgaben übernehmen kann, und auf der anderen Seite die notwendigen Mittel nicht zur Verfügung stellen. Die bewaffnete Armee ist ein sicherheitspolitischer Stabilitätsfaktor. Darauf wurde mehrmals hingewiesen. Das ist nicht wegdiskutieren. Auch das Ausland will von uns, dass wir diesbezüglich in unserer Region, in Europa einen Beitrag leisten.

Zum Bericht Brunner: Es gab Diskussionen über die unwahrscheinlichen Gefahren, wo wir eben relativ gut gerüstet seien, und über andere Bedrohungen, wo unsere Armee keine Leistung erbringen könne oder eine zu geringe erbringe oder wo sogar Zivile besser oder effizienter handeln könnten. Denken wir auch hier noch einmal an den vergangenen Winter. Die Armee hat innert kürzester Zeit sehr gut reagiert und sehr effiziente Mittel zur Verfügung gestellt. Auch die Kommissionsmehrheit ist dieser Meinung. Es wäre für einen Zivilbetrieb wahrscheinlich relativ schwierig gewesen, innerhalb dieser kurzen Zeit Manpower und Frauenpower in genügendem Umfang zur Verfügung zu stellen.

Die Rüstungsindustrie und deren Stellenwert in der Schweiz wurden diskutiert. Dass die Rüstungsindustrie wirtschaftlich schweizweit gesehen nicht mehr den Stellenwert hat wie vor vielleicht zwanzig Jahren, stimmt. Aber haben nicht auch gerade jene Kreise, die jetzt die Initiative befürworten, dafür gesorgt, indem der Markt für ebendiese Rüstungsindustrie auch laufend verkleinert wurde? Ich denke da an das Kriegsmaterialgesetz, an das Güterkontrollgesetz und Ähnliches. Das verkleinert den Markt und auch den Stellenwert der Rüstungsindustrie in unserem Land. Aber – und das erscheint mir wichtig – regional gesehen hat die Rüstungsindustrie nach wie vor einen wichtigen Stellenwert. Ich persönlich und mit mir einige Kollegen der Kommissionsmehrheit haben wahrscheinlich unsere Mühe damit, wenn man hier und heute behauptet, dass die Bergregionen die Armee grundsätzlich als Last empfinden. Da muss man schon ehrlich sein.

Bei der Rüstungsindustrie – und ich spreche hier auch die Unterhaltsbetriebe unserer Armee an – darf man folgendes nicht vergessen: Durch die Grösse unseres Landes sind die wirtschaftlichen und industriellen Möglichkeiten dieser Industrie beschränkt. Wir sind also zu einem sehr grossen Teil darauf angewiesen, unser Material im Ausland einzukaufen. Das hat eine Abhängigkeit zur Folge, und diese erfordert eben auch, dass wir uns im Bereich des Unterhaltes eine gewisse Eigenleistung für die Zukunft sichern.

Wir haben auch heute wieder sämtliche Rechnungsmodelle gehört: Wir haben über Pro-Kopf-Ausgaben gesprochen, über Anzahl Flugzeuge pro Kopf und pro Quadratkilometer – im Vergleich Finnland/Schweiz –, über Anzahl Panzer pro Kopf und pro Quadratkilometer. Ich glaube, alle diese Vergleiche hinken immer ein wenig. Ich sage in diesem Zusammenhang immer – nicht ohne Ironie: «Liechtenstein hätte mit einem Kampfflugzeug die übruestetste Armee der Welt.» Wenn wir, um unsere Rüstung mit derjenigen des Auslandes zu vergleichen, solche Vergleichszahlen einfach so brauchen, wird das fälschlicherweise zum Faktum! Es gibt noch ganz andere Kriterien, über die wir heute aber nicht diskutieren wollen.

In Bezug auf den Vergleich mit dem Ausland möchte ich hier auf das eingehen, was Herr Kollege Andreas Gross vorhin gesagt hat, nämlich dass Europa immer noch zu viel Geld ins Militär stecke – das haben Sie vorhin gesagt, Herr Kol-

lege Gross! Das ist ja gerade das Faktum, um das es eigentlich geht. Ist es nicht so, dass wahrscheinlich alle hier eine Welt, einen Globus ohne Rüstung und mit totalem Frieden wollten – das wäre doch paradiesisch schön. Aber es ist eben ein Faktum, dass überall Armeen vorhanden sind, und die Schalmeienklänge vom totalen Frieden – das sind wirklich Schalmeienklänge – entsprechen leider nicht der Realität. Wenn wir die zahlenmässigen Reduktionen im Ausland vergleichen, stimmt es, dass abgebaut wird – es wird quantitativ abgebaut. Qualitativ hingegen erfährt heute praktisch jede moderne Armee eine Leistungssteigerung. Auch dieser Umstand führte dazu, dass die Kommission mit der Umverteilungs-Initiative nichts am Hut hatte.

Gestatten Sie mir eine einzige persönliche Bemerkung: Ich möchte hier Herrn Kollege Cavalli zitieren, der festgehalten hat, dass mit den militärischen Aktionen in Kosovo die Probleme für die dortige Zivilbevölkerung eigentlich erst angefangen hätten. Welch wundersame Wandlung! Ich erinnere mich daran: Als Herr Kollege Schluer genau diese Aussage, die heute Herr Kollege Cavalli hier wiederholt hat, in einer uns allen bekannten politischen Fernsehsendung machte, musste er dafür von überall und jedem Ort Prügel einstecken; dies als abschliessende Bemerkung.

Die Kommission ist grossmehrheitlich der Meinung, dass man die Initiative mit aller Deutlichkeit ablehnen muss, um nach aussen die entsprechenden Signale zu setzen.

Begrüssung – Bienvenue

Präsident (Seiler Hanspeter, Präsident): Ich begrüsse auf der Diplomatentribüne Herrn Dr. Michail Karafezow, Mitglied des bulgarischen Parlamentes und Präsident des Spitalverbandes Stara Planina. Herr Karafezow stattet der Schweiz einen Arbeits- und Informationsbesuch ab.

Ich heisse ihn herzlich willkommen und wünsche ihm einen angenehmen Aufenthalt in unserem Land. *(Beifall)*

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: Les différents intervenants en faveur de l'initiative populaire ont souligné qu'ils partagent largement l'analyse de la menace telle qu'elle figure dans le rapport du Conseil fédéral «La sécurité par la coopération». Mais, curieusement, ils se refusent à en tirer les conséquences pratiques et ne veulent décidément rien entreprendre pour faire face à la violence lorsqu'elle se manifeste.

Il ne suffit pas de lutter contre les disparités économiques: la guerre du Kosovo l'a bien démontré, ses causes sont beaucoup plus ethno-religieuses qu'économiques, en effet. A vous entendre, il faudrait pratiquer la politique de sécurité telle que la préconise le Conseil fédéral, mais en laissant les uniformes et les armes à la maison pour qu'elle ne coûte rien. En quelque sorte, faire du militaire sans être militaire. A Mme Haering Binder, quand elle s'en prend au dispositif Bison, j'aimerais répondre qu'il est tout à fait conforme à la conception de son ami allemand Lutz Unterseher, qu'elle a mise en avant en commission. Même si l'«Armée XXI» est appelée à effectuer d'autres missions, en particulier dans le cadre de la coopération internationale, il n'est pas question de renoncer à la défense du territoire du pays, qui reste sa tâche première. A MM. Banga et Gross Andreas: une fois encore, les mesures à prendre pour faire face aux nouvelles menaces – terrorisme, crime organisé, guerre électronique, missiles de croisière, etc. – demandent des dispositifs très sophistiqués qui ne sont plus accessibles individuellement à chaque Etat. J'aimerais le signaler en particulier à M. Baumann. C'est pour cette raison qu'une coopération internationale est absolument incontournable. S'y refuser, c'est renoncer à offrir à notre population des conditions de sécurité optimales.

Elles exigent également davantage de professionnalisation en raison de développements techniques extrêmement complexes. Il en coûtera donc plutôt davantage que moins.

MM. Rennwald, Jossen, Mugny, Mme Leutenegger et d'autres reprochent aux autorités fédérales de ne pas faire preuve de la même compassion pour la perte des emplois privés que pour les emplois publics. La commission a constaté à ce propos que les possibilités de l'Etat se limitent à des conditions-cadres pour permettre à l'initiative privée de s'exprimer pleinement et à son rôle d'employeur que, précisément, il prend particulièrement à coeur.

Cette politique nous a, semble-t-il, particulièrement bien réussi, puisque nous avons l'un des taux de chômage les plus faibles d'Europe, si ce n'est du monde. Dois-je rappeler que l'interdiction constitutionnelle du chômage, que vos amis d'une fois avaient instituée, n'a pas mis à l'abri de pertes d'emploi ni de crises économiques majeures. C'est bien pour cela que le mur de Berlin est tombé en 1989, et pour rien d'autre.

La commission s'est donc penchée sur tous ces éléments, pour constater une fois encore qu'il s'agit d'une opération de démantèlement de l'armée par la petite porte. Mme Hollenstein l'a répété explicitement une nouvelle fois ici: cette initiative est un premier pas vers la suppression de l'armée.

La commission vous recommande donc de rejeter l'initiative populaire, sans contre-projet. Elle l'a décidé par 16 voix contre 6 et avec 1 abstention, ce qui me permet de dire à M. Marti que lorsque les voix s'expriment, elles sont inversement proportionnelles au nombre d'orateurs.

Ogi Adolf, Bundesrat: Vorerst danke ich für die Debatte insgesamt. In der Tat haben praktisch alle Votanten anerkannt, dass unsere Armee die Zeichen der Zeit erkannt hat. Die Armee erfüllt alle Aufgaben, auch die neuen, die für unsere Sicherheit nötig sind. Gegner und Befürworter der Initiative bestätigen, dass unsere aktuelle Sicherheitspolitik richtig ist. Diese Politik braucht die Mittel, die uns die Initiative teilweise wegnehmen muss. Eigentlich bedaure ich es sehr, dass nicht zuerst der Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz zur Debatte stand. Dieser Bericht hätte in vielem Klarheit gebracht.

Ich fasse noch einmal zusammen: Worum geht es bei dieser Umverteilungs-Initiative? Die Initiative will die Ausgaben für unsere Landesverteidigung innerhalb von zehn Jahren halbieren. Das Referenzjahr der Umverteilungs-Initiative ist 1987. Das allein sagt schon etwas über die Initiative aus. Die Umverteilungs-Initiative – das müssen wir zugestehen – ist überholt; sie ist ein Konzept von gestern, sie ist eine Idee von gestern. Wir leben heute in einer anderen Welt. Wir müssen die künftigen Entwicklungen antizipieren.

Wir dürfen – wie das Herr Leu zu Recht getan hat – auch ruhig ins Ausland schauen; denn fast überall in Europa sind sozialdemokratische Regierungen an der Macht. Diese Regierungen sind durch den Kosovo-Krieg gegangen; diese Regierungen mussten handeln. Diese Regierungen, Herr Cavalli, reden heute weder von Abrüstung noch von Umverteilung. Im Gegenteil, sie reden alle von der Modernisierung ihrer Armeen. Sie reden nicht von Abbau – nicht einmal von Umbau –; sie reden von Hightech, und dies kostet viel Geld. Diese Regierungen ziehen die Lehren aus den Kriegen der Gegenwart und nicht aus den Kriegen der Vergangenheit. Denn sie wissen, dass Misere und Unsicherheit schaffen und dass es das von Frau Aepli erwähnte «Nie wieder» leider nicht gibt.

Die Umverteilungs-Initiative spricht von glaubwürdiger Friedenspolitik. Wir betreiben glaubwürdige Friedenspolitik im Rahmen unserer Möglichkeiten. Wir machen praktische Friedenspolitik. Wir machen sie jetzt und heute, wir engagieren uns konkret. Herr Banga, wir leisten unseren Beitrag. Wir leisten ihn in Albanien, in Bosnien und in Kosovo; wir leisten ihn auch mit dem Internationalen Zentrum für humanitäre Minenräumung, im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden oder im Rahmen des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik.

Herr Gross Andreas hat zu bedenken gegeben, dass die Situation wirtschaftlicher und sozialer Not in Osteuropa die dortigen Lebenschancen mindert. Er fordert richtigerweise, dass die Lebenschancen in Osteuropa erhöht werden sollten, auch im Interesse der Sicherheit und Stabilität. Genau das haben wir im Visier. Wenn wir die internationale Stabilisierungspolitik aber unterstützen wollen, brauchen wir auch entsprechende Mittel. Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass der erste Schritt immer mit militärischen Mitteln erfolgt, und diese Mittel will uns die Umverteilungs-Initiative wegnehmen. Auch aus Ihrer Logik, Herr Gross – ich habe verstanden, dass Sie damit Ihre Mühe haben –, sollte man diese Volksinitiative ablehnen.

Friedensförderung, Herr Baumann Alexander, ist militärisch betrachtet immer eine Art «Vorne-Verteidigung» und kann als solche bezeichnet werden. Wir müssen beides können, und wir wollen beides können: unseren Raum schützen und die Sicherheitsinteressen dort wahrnehmen, wo sie bedroht sind.

Es ist eine Tatsache: Die Annahme der Umverteilungs-Initiative würde zum Verlust von Arbeitsplätzen führen. Das kann man nicht wegdiskutieren. Wir haben das ausgerechnet und festgestellt, dass die Umsetzung der Volksinitiative etwa 6000 Arbeitsplätze betreffen würde. Wir kämpfen für diese Arbeitsplätze. Wir, der Bundesrat wie auch das VBS, sind nicht zynisch, sondern wir versuchen, diese Arbeitsplätze nicht zu vernichten.

Diese Arbeitsplätze sollen nach Vorstellung der Initianten mit Hilfe eines Konversionsfonds ausserhalb der Rüstung neu entstehen. Das ist keine leichte Aufgabe. Abbau von Arbeitsplätzen und Konversion im VBS erfolgten – das möchte ich klar zum Ausdruck bringen – nach einer klaren sozialpolitischen Überlegung, nach sozialpolitischen Vorgaben. Die Sozialpläne wurden eingehalten. 20 000 Arbeitsplätze waren es noch 1990. Auf 12 000 Arbeitsplätze müssen wir bis Ende 2000 kommen, und bei diesem Abbau gibt es nur 70 Entlassungen. Von den 8000 aufgehobenen Arbeitsplätzen wurden 4000 in die privatisierten Rüstungsbetriebe überführt, damit am Markt neue wirtschaftliche Chancen wahrgenommen werden können. Im VBS machen wir Konversion, und zwar im realistischen Rahmen unserer Möglichkeiten.

Wir wollen kein Trümmerfeld schaffen, auf dem alles wieder neu aufgebaut wird; dies kann nicht der Weg sein. Herr Studer hat dies klar gesagt. Auch wir wollen keinen solch starren Mechanismus anwenden.

Das VBS hat den Weg aufgezeigt – wir haben die Rüstungsbetriebe privatisiert. Damit haben wir die Voraussetzungen geschaffen, damit diese am Markt bestehen können. Auf diese Weise haben wir unsere Verantwortung als Arbeitgeber wahr-, unsere Mitarbeiter ernst genommen.

Die Initiative will nicht sparen. Sie will – wie ihr Name sagt – umverteilen. Bei uns spart sie zwar, diese Einsparungen aber würden an irgendeinem anderen Ort wieder ausgegeben. Dies ist keine zukunftsgerichtete Politik! Der Bund hat heute über 100 Milliarden Franken Schulden. Gefragt ist hier also nicht das Umverteilen, vielmehr das Sparen.

Wie wir gespart haben, will ich Ihnen trotz Ausführungen noch einmal aufzeigen. Ich rufe in Erinnerung, dass das VBS gegenüber dem ursprünglichen Finanzplan seit 1991 insgesamt 9 Milliarden Franken eingespart hat und von 1999 bis 2000 weitere 1,1 Milliarden Franken einsparen wird. In diesem Sinne leisten wir den grössten Beitrag an die Sanierung der Bundesfinanzen. Von 1987 bis 2002 gehen die Ausgaben für die Landesverteidigung um real 28 Prozent zurück, die Rüstungsausgaben sogar um 44 Prozent. Auch hier haben wir unsere Verantwortung also wahrgenommen, unsere Interessen zurückgestellt.

Dadurch kommen wir allerdings in eine Situation – diese möchte ich hier nicht verschweigen –, in der sich die Schere zwischen Betriebsausgaben und Investitionen laufend öffnet. Die Investitionen befinden sich heute weit unter 50 Prozent; diese Tatsache bereitet uns grosse Sorgen. Diese Entwicklung ist auch gefährlich. Sie verunmöglicht nämlich eine vernünftige Erneuerung der Armee. Es ist müssig zu

sagen, dass die Umverteilungs-Initiative diese Entwicklung deutlich verschärfen würde. Auftrag und Mittel der Armee müssen nach den möglichen Bedrohungen festgelegt werden. Man darf sie nicht über starre und willkürlich festgelegte Finanzvorgaben bestimmen.

Die Umverteilungs-Initiative sagt uns nicht, was geschieht, wenn sich die sicherheitspolitische Lage zum Schlechten wendet. Ich habe eine historische Analyse der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg machen lassen. Niemand hat nach dem Ersten Weltkrieg geglaubt, dass noch einmal so etwas Fürchterliches wie der Erste Weltkrieg passieren könnte. Zwanzig Jahre später hatten wir den Zweiten Weltkrieg, und die Armee war nicht vorbereitet. So weit lasse ich es, so weit lässt es der Bundesrat nicht mehr kommen. Das hat uns auch niemand prognostiziert.

Tatsache ist, dass heute viele Konfliktgebiete bestehen, die jederzeit explodieren könnten. Wenn wir nicht kontinuierlich Mittel in die Landesverteidigung investieren, sind wir nicht mehr gewappnet, weder gegen ernsthafte Szenarien unterhalb der Kriegsschwelle noch gegen einen modernen Krieg. Die Frage der inneren Sicherheit, die hier von Frau Polla angesprochen worden ist, hat sich in den letzten Monaten akzentuiert. Ich erinnere an die PKK-Problematik im Februar dieses Jahres. Die Sicherheitsleistungen der Armee wurden in einem fast historischen Ausmass verlangt – ich betone: Sie wurden verlangt! Wir haben die Sicherheitseinsätze im Jahr 1999 nicht gesucht. Die Kantone haben die Armee zur Unterstützung angefordert. Man hat uns gerufen, und wir waren da.

Insgesamt haben die Armee und der Zivilschutz – den ich nicht vergessen möchte – im Jahr 1999 in der Schweiz über 370 000 Dienstage geleistet. Sie haben eine sehr gute Leistung erbracht. Es ging um Botschaftsbewachungen, um Flüchtlingsbetreuung, um Hilfe bei Lawennenniedergängen und Überschwemmungen und um Unterstützungseinsätze an der Grenze. Die Armee orientiert sich also immer stärker an den unmittelbaren sicherheitspolitischen Herausforderungen. Das Jahr 1999 hat gezeigt: Die Armee und der Zivilschutz sind für die Bewältigung aktueller Probleme unentbehrlich. Wer hätte sonst diese Arbeit leisten können? Das Jahr 1999 hat auch gezeigt: Armee und Zivilschutz erbringen hier und heute einen direkten Nutzen. Wer die Ausgaben auf das Niveau der Umverteilungs-Initiative herunterschrauben will, nimmt ernsthafte Lücken in diesem Sicherheitssystem in Kauf.

Ein letzter Gedanke: Der Bundesrat hat die Zeichen der Zeit erkannt. Wir haben vor drei Jahren einen grundlegenden Reformprozess eingeleitet. Wir haben eine neue sicherheitspolitische Strategie definiert. Wir stecken bei den Projekten «Armee XXI» und «Bevölkerungsschutz 2000» mitten in der Arbeit. Die Konturen der neuen Armee und des neuen Bevölkerungsschutzes werden langsam sichtbar. Aber eine verkleinerte Armee wird nicht einfach billiger sein. Sie muss auch in Zukunft mit modernen Mitteln ausgerüstet sein. Sie wird noch vermehrt im Bereich der Existenzsicherung für Einsätze, wie ich sie zuvor erwähnt habe, benötigt werden. Sie muss gleichzeitig für den Fall der Verteidigung unseres Landes einsatzbereit bleiben. Die künftige Armee wird auch neue Dienstleistungsmodelle umfassen. Ich denke hier an einen höheren Anteil an Berufspersonal und an Zeitsoldaten. Das heisst, wir rechnen tendenziell mit höheren Personalkosten.

Die Umverteilungs-Initiative hilft uns nicht, unsere Reformen durchzusetzen, wie das im Umfeld der Initianten behauptet wird. Das Gegenteil ist der Fall: Sie verunmöglicht uns, die neue Strategie umzusetzen. Auch deshalb bittet Sie der Bundesrat, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Sparen beim Militär und bei der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Umverteilungs-Initiative)»

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Economiser dans l'armée et la défense générale – pour davantage de paix et d'emplois d'avenir (Initiative en faveur d'une redistribution des dépenses)»

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Haering, Alder, Banga, Carobbio, Fehr Jacqueline, Günter, Widmer)

.... die Initiative anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Haering, Alder, Banga, Carobbio, Fehr Jacqueline, Günter, Widmer)

.... d'approuver l'initiative.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 119 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 62 Stimmen

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 99.022/61)

Für Annahme des Entwurfes 120 Stimmen

Dagegen 62 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

99.065

Militärische Immobilien (Immobilienbotschaft 2000)

Immobilier militaire (Message sur l'immobilier 2000)

Botschaft des Bundesrates 18.08.99 (BBI 1999 8611)

Message du Conseil fédéral 18.08.99 (FF 1999 7807)

Ständerat/Conseil des Etats 07.12.99

Antrag der Kommission

Eintreten

Antrag der grünen Fraktion

Nichteintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière